

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsort: Leipzig Nr. 10.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Riesa, sowie des Gemeinderates Gröba.

Postkonton: Dresden 1588
Carlstraße Riesa Nr. 52.

Nr. 181.

Montag, 6. August 1923, abends.

76. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis gegen Vorauszahlung, für die Zeit vom 1. bis 15. August 14000.— Mark einschl. Dringenslohn. Für den Fall des Untertrens von Produktionsverrechnungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabebetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Preis für die 20 mm breite, 8 mm hohe Druckzeile (6 Zeilen) 8000.— Mark; zeitüberdauernde und tabellarische 50%, Aufschlag. Nachweisungs- und Vermittlungsgebühren 2000.— Mark. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erwirkt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wichtige Unterhaltungsbeiträge. Erzähler an der Spitze. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Anstalten oder der Beförderungsanstalten — hat der Bezogher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Gostelstraße 59. Verantwortlich für Redaktion: I. B. Ferdinand Reichgraber, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dietrich, Riesa.

Rieser Stadtnotgeld.

Zur Befriedigung der eingetretenen enormen Zahlungsmittelknappheit haben wir Notgeldscheine in Größen von je 100.000 und 500.000 M. durch unsere Stadtkasse ausgeben lassen.

Wir erwarten von der Geschäftswelt, daß sie durch Annahme dieser Notgeldscheine mit dazu beitragen hilft, über die jetzige schwere Zeit hinwegzukommen. Die Wieder-einlösung wird seiner Zeit bekannt gegeben werden.

Der Rat der Stadt Riesa, am 6. August 1923.

Vertikales und Sächsisches.

Riesa, den 6. August 1923.

Ausgabe von Notgeld. Wir verstehen nicht, auf die heutige Bekanntmachung über die Ausgabe von Notgeld durch die Riesaer Stadtkasse hinzuweisen. In Anbetracht der Zahlungsmittelknappheit kann dieser nur dadurch gesteuert werden, daß diese Notgeldscheine von der Geschäftswelt in Zahlung genommen werden, denn nur dadurch kann diese, wenn auch nur vorübergehende Herstellung des Zahlungsverkehrs, gemindert werden. Leider ist es verschiedentlich vorgekommen, daß die Annahme von Scheids und Notgeldscheinen verweigert worden ist.

Sammlung für Röhren und Rühr. Bei dem aus Anlaß des 10-jährigen Bestehens der „Garonia“, Vereinigung ehem. Handelskassierer zu Riesa, am Sonnabend in Rausch-Kattgundens Tanzabend wurden 265000 M. für Röhren und Rühr gesammelt und an die Riesaer Bank abgeliefert.

Der Ernährungsausschuß für die Amtshauptmannschaft Großenhain stand in seiner am Freitag in der Amtshauptmannschaft abgehaltenen Sitzung vor der nicht dankbaren Aufgabe, sich mit einer erneuten Erhöhung des Mehl- und Brotpreises zu befassen. Vom Vorsitzenden, Herrn Regierungsrat Dr. Waser, wurden die Erläuterungen gegeben, die die Sachlage darlegen und in klarer Weise erkennen lassen, daß die Erhöhung zwangsläufig aus den Verhältnissen erwächst. In üblicher Weise wurden die einzelnen Posten für die Mehl- und Brotpreiserhöhung durchberaten. Einzelne Erhöhungen sind bedingt durch die Gehaltsforderungen, denen noch nachträglich entprochen werden mußte. Dieser Umstand für die Kalkulation wird sich auch weiterhin wiederholen. Für die Nachzahlungen muß ein Ausgleich geschaffen werden. Auch die Valorenberechnung wurde in den einzelnen Posten genau durchgesprochen, wobei gegenüber den gestellten Forderungen einige Abstriche ermöglicht werden, obwohl in den Forderungen nur das Neueste verlangt worden war. Die Bäcker klagen jetzt alle, daß sie mit dem hier festgelegten Sachverhalt nicht auskommen könnten, sondern Geld zusehen. Auch die in der heutigen Berechnung festgelegten Sätze seien bereits überholt. Der Vorsitzende hob zutreffend hervor, daß die Vorbesprechung dann keinen Zweck habe, wenn in dieser kleineren Bedenken gegen die einzelnen Sätze erhoben werden, sondern diesen zugestimmt wird, und erst nun, in der Ernährungs-Ausschuß-Sitzung die Bedenken laut werden. Bei der nächsten Sachverhaltberechnung sollen dementsprechend die beiden Sätze, d. h. für Inhandhaltung und Reinigung der Herdstellen, und Verkaufsräume (bis her eingeleitete 3 Arbeitstunden einer weiblichen Arbeitskraft) und Erhaltung, Abschreibung aus Inventar 10 Prozent einschließlich Erhaltung der Kraftanlage besonders behandelt bzw. erhöht werden. Längere Aussprache verursachte die Position „Arbeitslohn“. Hierbei erwähnte der Vorsitzende, daß durch angelegte Erhebungen festgelegt worden ist, daß im Großenhainer Bezirke in einzelnen Fällen nicht der im Ernährungsausschuß festgesetzte Arbeitslohn gezahlt worden ist. Ein Vertreter des Bäckergewerbes betonte, daß es sich nicht um Gehalts-, sondern um Arbeitslohn handle, daß in gleicher Weise auch dem Meister gezahlt werden müsse, um das Bäckerhandwerk vor weiterem Rückgang zu bewahren. Für den Bezirk Riesa sei festzustellen, daß überall der tarifmäßige Lohn gezahlt werde. Sätze der Gewerkschaften sei es, in gegenwärtigen Fällen Remedur zu schaffen. Es können nicht 20 Prozent des Gewerbes darunter sein, wenn etwa von 20 Proz. die Tarifverpflichtungen nicht erfüllt werden. Das Ergebnis der Verhandlungen war, daß die Preise festgesetzt wurden, wie sie amtlich am Freitag bekanntgemacht worden sind.

Zuckerversorgung. Das sächsische Wirtschaftsministerium macht bekannt: Von der Zuckerwirtschaftsstelle in Berlin ist neuerdings Mund- und Einlozucker freigegeben worden. Dieser Zucker wird mit 1/2 Pf. auf den Abschnitt I und mit je einem Pfund auf die Abschnitte II und B der Zuckertarife abgegeben. Mit Zucker dieser Freigabe werden auch die von dem Kommunalverband ausgegebenen, mit dem Full-Stempelvermerk versehenen Beugungskarten beliefert. Die Abschnitte C, R, S und die von den Kommunalverbänden ausgegebenen, mit dem Full-Stempelvermerk versehenen Beugungskarten verlieren mit Ablauf des 11. August ihre Gültigkeit.

Die Brotverforgungsabgabe. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß der erste Teilbetrag der Brotverforgungsabgabe am 1. August 1923 zu zahlen war. Dieser erste Teilbetrag beträgt grundsätzlich das Fünftel des vollen Zwangsbeitrages. Ausgenommen von der Abgabe sind nur Mietwohnungsgrundstücke, Bauland, sowie solche Vermögensgegenstände, die sich der Marktwertung nicht haben anpassen können (s. B. feilveräußerte Wertpapiere, inländische Wertpapiere, inländische Hypothekensicherungen, Sparausgaben und dergl.). Wer seiner Verpflichtung zur Zahlung der ersten Teilabgabe noch nicht nachgekommen ist, wird, um die ihm sonst drohende zwangsweise Beitreibung zu vermeiden, den rückständigen Betrag unverzüglich zu entrichten haben. Die Abgabe ist von dem Steuerpflichtigen selbst zu berechnen und bei der ihm zuständigen Finanzkasse zu zahlen (nicht bei einer Abnahmestelle für die Zwangsbeiträge und nicht bei einer Gemeindefinanzstelle); bargeldlose Zahlung liegt im Interesse des Steuerpflichtigen. Von Vermeidung von Rückfragen ist ab-

Heutiger Dollarkurs (amtlich): 1654 125 Mk.

Fernsprechmeldung, ohne Gewähr.

bringend erforderlich, daß bei der Zahlung das Aktienzeichen der Vermögenssteuererklärung oder, wenn dieses nicht bekannt ist, Name und volle Adresse des Zahlenden genau angegeben werden. — Das Landesfinanzamt Leipzig schreibt: Zur Frage, ob Markforderungen des Betriebesvermögens von der Brotverforgungsabgabe befreit sind, wird vom Reichsminister der Finanzen in einem Erlaß ausgeführt: Bestandteile des Betriebesvermögens, die bestimmungsgemäß in dauerndem Umlaufe befindlich sind und deren jeweilige Höhe daher mit der Marktentwertung fortlaufend Schritt hält, können auch dann nicht als abgabefrei angesehen werden, wenn sie an dem für die Zwangsbeiträge maßgebenden Stichtage aus Markwerten bestanden. Dies gilt insbesondere für Warenschuldforderungen oder ähnliche kurzfristige Forderungen gegen Kunden. Diese kommen aus der Veräußerung von Waren oder sonstigen Sachwerten des umlaufenden Betriebesvermögens und sind dazu bestimmt, alsbald nach Realisierung wieder in Waren und dergl. umgewandelt zu werden. Es handelt sich also um Vermögen, das sich nur ganz vorübergehend bis zur Neubefüllung der Waren und dergl. als Markwert darstellt. Es würde dem Zweckgedanken des Gesetzes widersprechen, wenn derartige Vermögen nur deswegen abgabefrei bleiben würde, weil es zufällig am Stichtage nicht in Waren und dergl. angelegt war, während dies am nächsten Tage schon wieder der Fall sein kann.

Der Ankauf von Gold für Rechnung des Reiches und vom Reichsbankdirektorium für Rechnung der Reichsbank wird vom 6. d. M. ab nur noch durch die Reichsbankanstalten — also nicht mehr auch durch Vermittlung der Postanstalten — erfolgen. Beim Ankauf von Gold wird bis auf weiteres ein Preis von 640 Dollar für 1 kg sein, der Dollar ungerundet zu dem jeweiligen zuletzt festgesetzten Mittelkurs für Auszahlung New-York an der Berliner Börse gezahlt. Der sich ergebende Gegenwert wird auf volle tausend Mark nach unten abgerundet. Bei Mengen über 1/2 kg sein behält sich das Reichsbankdirektorium, gegebenenfalls durch Vermittlung der Reichsbankanstalten in der Provinz, die Preisbestimmung vor. Demnach würde für ein Zwanzigmarkstück mit einem Sollgewicht von 7,168 g sein bei einem Dollarmittelkurs von 1100000 Mark ein Preis von 5046000 Mark durch die Reichsbank gezahlt werden; für ausländische Goldmünzen werden entsprechende Preise gezahlt. Für Reichsbankmünzen werden vom 6. d. M. bis auf weiteres seitens der Reichsbankanstalten das 5000fache des Nennwertes gezahlt.

Aus der Tätigkeit der Dresdner Handelskammer. Das Reichsbankdirektorium Berlin wurde ersucht, Handel und Industrie, besonders den Lebensmittelhandel und die Lebensmittelindustrie, ausserhalb mit Devisen zu versorgen. — In einem Berichte an den Deutschen Industrie- und Handelstag trat die Kammer dafür ein, daß ermäßigte Umsatzsteuerbefreiungen für Lieferungen in das Ausland nicht nur frei Bestimmungsort, sondern auch frei Schiff oder frei Grenze bewilligt werden. — Der Handelskammer Blauen gegenüber als Vorort der Sächsischen Handelskammer wurde der Standpunkt vertreten, daß eine behördlich anzuordnende Schlichtungsvermehrung in den in Schichten arbeitenden Betrieben grundsätzlich abzulehnen sei, da sie die Arbeitszeit noch weiter verringern und die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Industrie noch weiter beeinträchtigen würde. — Die Reichsbankdirektion Dresden hat mitgeteilt, daß Anträge auf Herabsetzung der Frachten für Kohlenanfuhr auf längere Zeit hinaus kaum auf Erfolg rechnen können. — Der Deutsche Industrie- und Handelstag hat mitgeteilt, daß die Ausgabe hochwertiger Steuermarken in Kürze erfolgen werde.

Der Landesverband der Kriegsbefähigten und Kriegsernterliebenen im Sächs. Militär-Vereins-Bund hielt in Dresden seine diesjährige Hauptversammlung in engem Zusammenhange mit der 50. Jahreshauptversammlung des Sächsischen Militär-Vereins-Bundes ab. Die Tagung war aus allen Bezirken des Landes sehr gut besucht. Sie wurde am Sonnabend nachmittag vom Landesvorsitzenden Alfred Baul mit einer eindrucksvollen Gedächtnisrede für die gefallenen und verlebenden Kameraden eröffnet. Daran schloß sich die Vertagung des Zusammenschlusses mit dem früheren Landesverbande der Kriegsernterliebenen in Sachsen. Aus der reichhaltigen Tagesordnung war besonders der Geschäftsbericht des 1. Vorsitzenden bemerkenswert. Danach hat sich seit dem 25. Februar d. J. die Umbildung des Landesverbandes zu einer selbständigen Organisation im Sächs. Militär-Vereins-Bunde trotz manderlei Schwierigkeiten vorteilhaft bewährt und einen erfreulichen Zuwachs an Einzelmitgliedern und Mitgliedergruppen gebracht. Das Unternehmenseisen des Landesverbandes beruhe neben der Verbesserung der allgemeinen wirtschaftlichen Lage durch die gezielte Versorgung und Fürsorge, die im Vordergrund stehe, in der Vermittlung und Durchsetzung aller Rechts- und Forderungen, in kameradschaftlicher Betreuung und Förderung, sowie Erschließung allgemeiner Mittel zu Unterstützungszwecken. Auf diese Weise sind aus Anlaß der großen Verien in Dresden

3 Millionen Mark an erholungsbedürftige Kinder von Mitgliedern ausgehört worden. Den Schluß bildeten Berichte und Aussprachen über Versorgung (Sächler-Berlin), Fürsorge, einschl. Berufsausbildung und Jugendfürsorge (Frau Högberg-Beipzig), Versorgungsrechtspflege (Oberregierungsrat Wagner-Dresden), Versorgung der Witwen, Ernterliebenen und Kriegsernterliebenen nach dem Kriegenernterliebenen-Unterstützungsfonds und Dispositionsfonds (General Maercker-Dresden) und über eingebürgerte Ab- und Ab-, welche durch die Einbürgerung ihre Rechtsansprüche auf Versorgung und Fürsorge verloren haben (Frau Grundt-Niederlöbnitz bei Dresden).

Fortdauer der Rottengefahr. Die Nachrichtenstelle in der Staatskanzlei schreibt: Die Rotten hat jetzt ihre Flugszeit. Im Niederlande sind die ersten Falter in diesen Tagen bereits ausgeflogen, in höheren Gegenden ist das Ausfliegen in den nächsten Tagen zu erwarten. Alles kommt jetzt auf ein schnelles und nachdrückliches Sammeln der Falter an. Die von vielen Seiten geäußerte und auch in der Tagespresse verbreitete Hoffnung, daß die sogenannte Wipfel- oder Polgekrankheit der Rottenplage in diesem Jahre ein Ende bereiten würde, hat sich noch nicht erfüllt. Die Rotten ist zwar im Bereiche der Massenvermehrung aufgetreten, hat sich aber nicht über das ganze Land verbreitet. Die Unterdrückung von Raupen und Puppen, die außerhalb des Massenvermehrungsgebietes gesammelt worden sind, hat dies gesiegt. Nicht einbringlich genug kann davon gemahnt werden, bei dieser Sachlage in den Bekämpfungsmassnahmen nachlässig zu werden, denn die Befürchtung, daß sich die Rottengefahr in weitem Maße ausbreitet, besteht noch immer.

Die Ernährungsaussichten. Der Reichsernährungsminister Dr. Luther versichert einem Vertreter des „Berl. Volksw.“ gegenüber, daß eine baldige Entspannung der Lage auf dem Lebensmittelmarkt zu erwarten sei. Ersterlichweise habe sich in diesem Jahre die Brotverforgung reibungslos vollzogen, und nach den vorliegenden Nachrichten sehe eine sehr gute Ernte bevor. Auch in den wichtigsten anderen Getreideproduktionsländern seien die Ernteausichten hervorragend, und selbst Rußland schide sich an, seine Rolle als Ausfuhrland wieder aufzunehmen. Die Kartoffelernte dürfte, weiter günstige Witterung vorausgesetzt, im großen und ganzen befriedigend werden, so daß auch für die Kartoffelverforgung im kommenden Winter keine ernsten Befürchtungen bestehen, wenn die nötigen Maßregeln getroffen werden, damit die verfügbaren Kartoffelmengen rechtzeitig vor dem Frost in die Großstädte befördert werden. Eine Ermahnung für die geregelte Lebensmittelverforgung bedeute die Geldentwertung insofern, als die Landwirte ebenso wie der Groß- und Kleinhandel infolge der großen Unsicherheit des Geldwertes keine Kalkulationsgrundlagen haben. In dieser Beziehung würden die wertbeständigen Anleihen, deren Ausgabe die Regierung plant, auch für die Lebensmittelverforgung von Bedeutung sein, da sie den beteiligten Kreisen die Möglichkeit geben würden, die Einnahmen aus dem Verkauf ihrer Waren sofort wertbeständig anzulegen und dadurch bis zur Wiederherstellung im Betriebe vor der Entwertung zu schützen.

Eine Anfrage im Landtage. Der deutsch-volksparteiliche Abgeordnete Dr. Fritz Kaiser hat folgende, für die jetzigen sächsischen Verhältnisse bedeutsame Anfrage im Landtage eingebracht: Bis vor einiger Zeit wurden im Finanzministerium, Justizministerium, Ministerialblatt für die sächsische innere Verwaltung und im Verordnungsblatt des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts Anstellungen, Beförderung und Verlegung der Beamten veröffentlicht. In neuerer Zeit finden sich solche Veröffentlichungen nur noch im Finanzministerium. Die Beamtenöffentlichkeit und Öffentlichkeit hat ein berechtigtes Interesse daran, über Anstellung, Beförderung und Verlegung von sächsischen Beamten unterrichtet zu sein. Es wird deshalb angefragt, ob bei dem Justizministerium, Kultusministerium und Ministerium des Innern die Absicht besteht, diese Veröffentlichung dauernd einzustellen.

Erneuter Ausbruch des sächsischen Bergarbeiterstreiks. Nach den Meldungen sozialdemokratischer Blätter ist der Bergarbeiterstreik im Suidauer, Suidauer und Suidauer Revier am Freitag in vollem Umfange von neuem entbrannt. Eine Konferenz der Betriebsräte und der Funktionäre beschloß, die Forderung auf eine einmalige Wirtschaftsbefreiung von 4 bis 5 Millionen Mark zu erhöhen. Der Streik ist am Sonnabend morgen vollständig durchgeführt. — Der Ausstand im sächsischen Zeinkohlengruben hat bis zum 1. August einen Forderungsausfall von rund 100 000 Tonnen mit einem Gesamtwert von etwa 145 Millionen Mark und einen Lohnausfall von 70 Millionen Mark zur Folge gehabt. Da noch immer Teufelstände zu verzeichnen sind und erfahrungsgemäß im Suidauer Kohlengruben wegen des herrschenden harten Gebirgsdruckes infolge der langen Unterbrechung der Ausbaurbeiten eine Winderholung eintritt, kann der Gesamtschaden auf etwa 250 Millionen Mark beziffert werden.

Von der Post. Der deutsche Gegenwert des Goldfranken bei der Gebührenerhebung im Auslands-Paket-, Zeitung-, Telegramm- und Fernsprecherwerb ist mit Wirkung vom 6. August an auf 200 000 Mark festgesetzt worden. Dieses Umrechnungsverhältnis ist auch bei der Wertangabe auf Paketen und Briefen sowie auf Kästen mit Wertangabe nach dem Ausland anzuwenden.

Bessere Auskünfte erteilen die Post- und Telegraphenämter. — Briefe und Postkarten nach den Philippinen können außer über Cebu, Singapur und über Amerika, auch über Russland befördert werden, wenn der Absender dies durch den Postvermerk „über Sibirien—Hongkong“ vorgeschrieben hat. Postschluß von Berlin jeden Freitag abend, von Unterburg jeden Sonnabend vormittag. Beförderungsdauer 2 1/2, noch nicht bekannt. Für Drucksachen, Warenproben, Geschäftsbriefe usw. nach den Philippinen ist der Weg über Sibirien—Hongkong vorerst noch nicht benutzbar.

Ministerium für Volksbildung. Wie schon mitgeteilt, hat das Gesamtministerium beschlossen, die bisherige Bezeichnung des Ministeriums des Kultus und öffentlichen Unterrichts in Ministerium für Volksbildung zu ändern. Das Ministerium gibt dies in seinem neuesten Verordnungsblatt bekannt mit der Bemerkung, daß alle Schreiben, Aufschriften usw. an das Ministerium künftig mit der neuen Aufschrift zu versehen sind.

Dresden. Aus einem Niederlagsraum in der Moritz-Klosterstraße wurden in der Nacht zum 28. Juli 80 Kisten Cocoseff, Marke „Laba“, je 30 Stück Pflanzmittel enthaltend, im Werte von 250 Millionen Mark gestohlen. Offensichtlich ist das Fett in dieser Stadt an den Mann gebracht worden. — Gestohlen wurden ferner mittels Einbruchs aus einem Grundstück in der Friedrichstraße 4 Kisten Delfischin. — Von der Polizei wurde hier ein jugendlicher Wirtschaftsgeldbesitzer wegen verübter Betrugsdelikte festgenommen. Er suchte in Restaurants Bekanntschaften mit Sätzen anzusprechen, die er dann unter falschen Angaben zur Herausgabe von Krediten und auch Wertpapieren machte er sofort zu Geld zu bewegen suchte. Er gab sich dabei als Student Selma von Rosenau oder Bolman aus. — In letzter Zeit wurden hier einige Lebensmittelschäfte von einem unbekannten Betrüger betrogen. Die Unbekannte, ein etwa 17 Jahre alter Bursche, gibt sich als Bediensteter irgendeiner Herrschaft aus, macht ihm angelegentlich Aufträge dieser Herrschaft bedeutende Einkäufe von Lebensmitteln und läßt sich darüber eine Rechnung ausstellen. Während ihm die Rechnung ausgereicht wird, verläßt er den Laden, um angeblich einen Kaufmann zur Verpackung der Waren und das nötige Geld zu holen. Nach dem Weggange des Unbekannten müssen die Geschäftsleute die Warenrechnung machen, daß er es verstanden hat, die wertvollsten auf dem Ladentische gelegenen Sachen fortzuführen, ohne daß es bemerkt wurde.

Dresden. Gegenüber den verschieden laut gewordenen Behauptungen, daß infolge der am Sonntag, den 29. Juli erfolgten Verhaftung eines kleinen Bruchstückes des sehr ausgedehnten S. O. (Bürgerlicher Ordnungsdienst) der Fortbestand desselben in Frage gestellt sei, erklärt der Sektion-Vorsitzende, daß der S. O. nicht nur in unversetzter Weise fortbesteht, sondern daß der vollstehende Bewalt von Sonntag das Interesse an dieser Einrichtung, von der bis dahin so gut wie nichts bekannt war, außerordentlich gewahrt hat und daß fortgesetzt Anmeldeungen eintreffen. Die Organisation des S. O. erfolgt in der gleichen Weise wie die der kommunikativen Hundertscharen und des proletarischen Selbstschutzes.

Frankenberg. In dieser Gegend hat sich in den letzten Tagen eine Frauensperson in Schwärzentracht aufgefunden. Sie war von einem etwa 9-jährigen Knaben begleitet, der ihren Angaben nach aus dem Stubegebiet stammt; für den Knaben erbat sie Unterstützung usw. aller Art. Bei ihrem Auftreten hat sie angegeben, daß sie den Knaben bei der Ankunft der Mutter in Sibba mitgenommen habe und daß die Verteilungstellen dem Knaben keine Pflegeverpflegung verweigert haben. Nach den angeführten Erörterungen handelt es sich um eine Betrügerin.

Burgstädt. Vom sicheren Tode des Ertrinkens rettete am Dienstag im hiesigen Naturbad der 12-jährige Heinz Meyer seine eigene Mutter. Der jugendliche Schwimmer hat bereits in drei anderen Fällen Kinder, die in Gefahr geraten waren, aus dem Wasser gerettet.

Plauen. Ein aufregender Vorgang spielte sich am Montag in Hohen ab. Die Gendarmerie transportierte einen der Wildbiberi angeschuldigten Sticker. Wöglich schlug dieser dem Revolverföhrer berartig ins Gesicht, daß er blutend zusammenbrach. Hierauf ergriff er die Flucht, das gab sich in seine Wohnung, bewaffnete sich mit einem Dolch und drohte seine Niederzukehren, der sich ihm nähern würde. Er wurde schließlich überwältigt. Die vorgenommene Hausdurchsuchung förderte Jagdausrüstungsgegenstände aller Artutage.

Leipzig. Aus der Gustav-Adolf-Kapelle in Nützen ist von Unbekannten die mehrere Pantner schwere Kirchenorgel gestohlen worden. — Die Versteigerung von Marken-

Kennzeichen in Bezug ist von der kommenden Versteigerung ab verboten, damit die noch vorhandenen verhältnismäßig geringen Bestände an Kennzeichen nicht zur Markenversteigerung verwendet werden.

Dalle. Ein Reisender stürzte sich auf der Straße Lützen—Halle plötzlich kopfüber aus dem Zuge. Die Fahrgäste waren stark vor Schreck und zogen die Notbremse. Ein sofortiges Absetzen der Strecke war erfolglos. Nebenfalls hat der Selbstmordhandlatter bei seinem Sturz keinen Schaden erlitten und hat das Weite gesucht.

Große Ausschreitungen in Dresden.

Nachdem die Polizei am späten Sonnabendnachmittag den vom Aktionsausschuss der revolutionären und radikalen Erwerbslosen in der inneren Stadt veranstalteten Demonstrationsszug aufgelöst hatte, kam es in den Abendstunden zu Zusammenstößen mit einem Trupp junger Burschen, der in eine Schankwirtschaft einbringen versuchte, und mit einem anderen, der in drei Kassen eine größere Zahl von Fensterscheiben eingeworfen hatte. Gegen 11 Uhr war die Ruhe wiederhergestellt. Zwei Polizeibeamten wurden durch Steinwürfe und Stockschläge verwundet. Acht Demonstranten wurden verhaftet.

Am Sonntag vormittag 10 Uhr hatten die radikalen Erwerbslosen nach der „Reichstrone“ eine neue Versammlung einberufen. Auf Grund der Vorgänge vom Sonnabend abend und tags zuvor wurde vom Polizeipräsidium die Versammlung durch uniformierte Beamte aufgehoben und sämtliche Versammlungsteilnehmer mittels Kraftfahrzeugs nach dem Polizeipräsidium geführt. Später, nachdem die Leute hier entsprechend gefesselt, wurden sie zum großen Teil wieder entlassen. 18 Personen, die sich nach verschiedenen Richtungen hin strafbar gemacht hatten, sind vorläufig festgenommen worden. Der Nachmittag ist ruhig verlaufen. Obwohl gegen 3 Uhr auf dem Schützenplatz eine weitere Versammlung anberaumt war, hatten sich nur etwa 30 Personen eingefunden, die sich aber später wieder zerstreuten. Etwa 1/8 Uhr fanden auf dem Altmarkt erneut keine Versammlungen statt. Schließlich hat sich ein kleiner Demonstrationsszug gebildet, der einige Straßen und schließlich die Prager Straße passierte. Auf dem Wege dorthin hat sich die Anzahl der Demonstranten vermehrt und außerdem ein ziemlicher Zufluss von Neugierigen hinzugefügt. Der Zug hat sich dann weiter die Prager Straße entlang bewegt, ist in die Reibbahnstraße eingebogen und hat sich dem Kongresshaus gegenüber mit Patten ausgedehnt. Der Zug nahm dann seinen Weg die Reibbahnstraße entlang, nach der inneren Stadt zu, nach dem Freiberger Platz, wo eine Ansprache von einem Unbekannten gehalten wurde. Die Demonstranten haben sich dabei dort wieder mit Steinen ausgedehnt und sind dann nach der Annenstraße, Postplatz, Brühlstraße, Schloßstraße, Altmarkt, Seefstraße zu gezogen. Von der Seefstraße zogen sie vor das Neue Rathaus, wo Halt gemacht wurde. Einer der Jugendlinnehmer hielt dort eine Ansprache, doch sind die Demonstranten durch Einzug der uniformierten Polizei restlos zerstreut worden, wobei von Gummistößen Gebrauch gemacht worden ist. Die Demonstranten sammelten sich dann aber hier und da wieder in Truppen und vor dem Kaffee Martilian ist es dann noch zu einem größeren Aufruhr gekommen, wobei ein Kriminalbeamter von der Waffe erkannt und arg bedrängt wurde. Er wurde von dem Wagen der Straßenbahnlinie 12, den er zum Schutze aufgeschoben hatte, heruntergeholt und durch Steinwürfe und Schläge verletzt. Im Straßenbahnwagen sind dabei die Scheiben zum Teil demoliert worden. Im weiteren Verlaufe machten sich hin und wieder noch kleine Truppen bemerkbar, zu wesentlichen Ausschreitungen ist es jedoch nicht gekommen. Einige Täter wurden verhaftet.

Das Versteck des Polizeipräsidiums in Dresden teilt zu den letzten Erwerbslosenunruhen folgendes mit: Am 8. August fanden von nachmittags 5 Uhr an entgegen dem Verbote des Polizeipräsidiums, auf dem Altmarkt Versammlungen der revolutionären und radikalen Erwerbslosen statt, zu denen der Aktionsausschuss dieser Gruppe aufgefordert hatte. Die Polizei schritt dagegen ein und räumte in der 7. Stunde den Altmarkt. Nach der Räumung des Altmarktes bildete sich ein Demonstrationsszug, dem die Polizei an der Ecke Waisenhaus- und Prager Straße entgegen trat und ihn auflöste. Da die Beamten mit Steinen beworfen, auch Personen mit gezogenen Messern bemerkt wurden, die Menge der Aufforderung, auseinanderzugehen, auch nicht nachkam, vielmehr gewalttätig vorging,

mühte sich dem Wimmern des Mannes zu wehren. Nach der Bereinigung des Auges hatte ein Teil der Demonstranten an einem unbeteiligten Mann, der das Bedecken des Demonstranten mitteilte, gewaltsam verweigert, so daß es von der Polizei in Zug genommen werden mußte. Verletzungen irgend einer Art sind nicht festgestellt worden. Auch diesmal ist wieder festzustellen, daß Raufereien in großer Zahl, durch mühsames Unterhalten und Verantwortungsgelände Kritik des Verhaltens der Beamten, die Maßnahmen der Polizei in unvollständiger Weise erschwert haben.

Der Reichsanwalt

an den Sächsischen Ministerpräsidenten.

Die von R. L. S. unterm 18. Juli veröffentlichte Mitteilung an den Reichsanwalt über die Möglichkeit eines Bürgerkrieges hat die Sächsische Regierung zum Anlaß eines Schreibens an die Reichsregierung genommen, das von der Sächsischen Staatskanzlei alsbald der Presse übergeben worden ist. Auf dieses Schreiben hat der Reichsanwalt an den Herrn Sächsischen Ministerpräsidenten die nachfolgende Antwort gerichtet:

Berlin, den 3. August 1923.
Zu den in Ihrem Schreiben vom 26. Juli aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen, bin ich gern bereit. Die am 18. Juli veröffentlichte Erklärung der Reichsregierung hat sich dagegen gewendet, daß mit einer gewissen Realitätsnähe in freigebliebenen Maße öffentlich Möglichkeiten eines Bürgerkrieges erörtert wurden. Der Zweck der Verlautbarung war, vor der Fortsetzung solcher außen- und innenpolitischen gleich schädlichen Verfahren zu warnen und der Bevölkerung die Sicherheit zu geben, daß die Reichsregierung bereit und in der Lage ist, allen Versuchen gewaltsamer Auseinandersetzungen und allen Anschlägen gegen Bestand und Verfassung des Reichs mit Erfolg entgegenzutreten. Neuerungen der Verfassung darüber, daß es an schweren Konflikten kommen könnte, waren der Reichsregierung insbesondere auch aus Sachverhalt und Thüringen ausgegangen. Aus diesem Grunde wurde in der Verlautbarung besonders darauf hingewiesen, daß die Reichsregierung mit den Landesregierungen von Sachsen und Thüringen im Interesse der ruhigen Entwicklung unserer innenpolitischen Verhältnisse Einvernehmen zu pflegen bemüht sei, und daß sie es in dieser Beziehung nicht an pflichtmäßiger ernster Aufmerksamkeit fehlen lasse. Das Sachverhalt an die bedeutendsten Erörterungen über Möglichkeiten eines Bürgerkrieges erinnern, die der sächsische Polizeikommissar Schilling in der „Blode“ veröffentlicht hat. In der zwischen uns bereits erörterten Rede in Niederplanitz vom 16. Juni haben Sie, Herr Ministerpräsident, auch nach der in der Sächsischen Staatszeitung vom 26. Juni von Ihnen abgegebenen Erklärung von kommenden innenpolitischen, äußerst blutigen Auseinandersetzungen und davon gesprochen, daß der Kampf aus dem bürgerlichen Lager beginnen würde usw. Gerade gegenüber dem hieraus entstehenden Unruhe, die weit über Sachsen und über Eingebürgerte einzelner Parteien hinaus entzündet ist, hat die Reichsregierung in der Verlautbarung vom 18. Juli für notwendig befunden, besonders auf die Beziehungen zu Sachsen hinzuweisen. Wie bereits in mündlicher Erörterung es als ihre erste Pflicht gegenüber dem Reichs betrachtet muß und wird, die Staatsordnung und Verfassung unter allen Umständen aufrecht zu erhalten, Entgegen dem Vorgange der sächsischen Erklärung ist auch diese Erörterung der Presse zugänglich gemacht worden. (S. S. 100.)

Die von dem Minister des Inneren, Herrn von Helldorf, an den Reichsanwalt gerichtete Anfrage über die Möglichkeit eines Bürgerkrieges hat die Reichsregierung zum Anlaß eines Schreibens an den Reichsanwalt genommen, das von der Sächsischen Staatskanzlei alsbald der Presse übergeben worden ist. Auf dieses Schreiben hat der Reichsanwalt an den Herrn Sächsischen Ministerpräsidenten die nachfolgende Antwort gerichtet:

Flammen.

Roman von Hans Schulze.

(Schluß.)

„Ich wußte, daß ich ihm sein Liebestes trah, gemeiner als der gemeinste Dieb.“

„Und ich konnte doch nicht anders.“

„Sie sind noch sehr jung, mein Fräulein, Sie kennen die Liebe noch nicht, wie ich sie kennen gelernt habe, wenn sie den Menschen im Innersten packt mit der Unwiderstehlichkeit einer Naturgewalt.“

„Da hilft kein Stolz und kein Trost, da wirft man sein Leben hin und alles, was man bisher hoch und heilig gehalten, für den Raub einer einzigen, kurzen Stunde.“

„Wie ein Sturm kam es über mich und nahm mich im Sturm.“

„Was dann das Verhängnis hereinbrach, mit Schande und Schmach und mich ruhelos hegte, bis hier zu diesem letzten Ende.“

„Von neuem hielt er inne und stützte sich schwer gegen einen der Vortürpfiler.“

„Nieder die Wiese stiegen und wechselten unablässig die Schmetterlinge.“

„Zwei große Trauermantel wipbelten in wildem Toben, Mittel vorbei und verschwanden in dem breiten Blätterwerk eines uralten Tulpenbaumes.“

„Darüber wühlte sich der Himmel licht und klar, ein uferloses Meer von reinstem Blau, in das das Auge kaum zu schauen wagte.“

„Ich habe Della die Totenwacht gehalten.“ Klang jetzt wieder Arns Stimme. „Und ich kann es doch noch immer nicht lassen, daß sie nicht mehr sein soll.“

„Gerade heute nicht, an einem so schönen Sommermorgen.“

„Glauben Sie mir, auch ich hätte diesen Morgen nicht mehr erlebt, wenn ich nicht noch eine alte Mutter hätte, der es das Herz brechen würde, wenn sie auch noch dies Beste von mir erfähre.“

„Die ganze Nacht habe ich mit mir gekämpft, ob ich meinem elenden Leben nicht gleichfalls ein Ende machen sollte.“

„Und erst, seit Sie gekommen sind, ist es in meiner Seele wieder ein wenig heller geworden, scheint mir dies stille Gartenhaus wie eine friedliche Insel, an deren Strand mich ein furchtbarer Sturm verschlagen hat.“

„Mit einem vertraumten Blick sah Trude über die Wiese dahin, die jetzt wie eine goldig schimmernde Schale in der vollen Sonne lag.“

„Der dunkle Ton von Verzweiflung, der in der Stimme des Mannes klang, ging ihr tief zu Herzen.“

„Da rief sie ihre Beträuerin nicht.“ Saute sie ein-

„Ich weiß nicht, wer Sie sind und was Sie vielleicht verschuldet haben.“

„Ich weiß nur das Eine, daß Sie ein sehr unglücklicher Mensch sind.“

„Das habe ich vom ersten Augenblick an empfunden gestern abend in der Hölle auf dem See, als wir Sie dort durch einen Zufall unfreiwillig belauschten.“

„Sie sprachen gestern auch von einer neuen Zukunft. Nehmen Sie den Kampf mit dem Leben noch einmal auf, um Ihrer Mutter willen.“

„Vielleicht blüht Ihnen auf fremder Erde einst doch noch ein Glück, wenn Sie die Erinnerung an diese Tote hier verwunden haben.“

„Arel neigte den Kopf, eine zage Hoffnung keimte in seinem Herzen auf.“

„Ich weiß nicht, welche eine tröstende Nacht in Ihrem Ausdruck liegt. Sie geben mir den Glauben an mich selbst zurück.“

„Er war bei diesen Worten wieder zu der Toten getreten und sah lange in das stille, weiße Gesicht, das friedlich wie im Traum zu lächeln schien.“

„Trude, die ihm leise gefolgt war, legte ihre Rosen auf der Bahre nieder.“

„Was gestern nacht geschehen ist,“ sagte sie herzlich, „wird für alle Zeiten das Geheimnis unseres kleinen Kreises bleiben.“

„Auch auf diese Tote soll kein Mitleid fallen.“

„Reisen Sie ohne Sorgen.“

„Wir werden Ihrer Freundin das letzte Geleit geben.“

„Da neigte sich Arel noch einmal über die Geliebte und stützte sie auf die kalte Stirn.“

„Eine Wolke flog zum Licht!“ kam es kaum hörbar von seltenen Wippen.

„Eine kleine Wolke!“

„Dann reichte er Trude stumm die Hand und wandte sich zum Gehen.“

„Sie sah ihm mit verschleierten Augen nach, bis seine schlanke Gestalt im Schatten der Buchenallee verschwand.“

„Ein tiefes Erschrecken war auf einmal über sie gekommen, daß sie sich in leiserem Erschauern in den warmen Sonnenatem des Vorplatzes schützte.“

„In diesem Augenblick blühte ihr die lobende Liebesgewalt, deren heftiges Wesen sie aus jedem Worte des unfeligen Mannes herausgehört, wie ein verzehrendes Feuer, das nur zerstört, vernichtet kann, das nichts als Glend und Verzweiflung auf der Brandstatt eines erschrockenen Glases zurückläßt.“

„Dann stand sie unten am See und sah auf die blaue Ferne des Wassers hinaus, über der die Sonne in blaugoldenen Wippen stützte, unsichtbar und flüchtig wie der Flatterflug eines Falters.“

„Der Morgenwind sang in den Nischenräumen sein leises, lodendes Lied.“

„Und der Himmel so hoch, die Luft so rein und lind, daß ihr unwillkürlich das Herz weht wurde in einem einsigen, großen unglückseligen Sehen.“

„Da klang auf einmal eine wohlvertraute Stimme aus ihr Ohr.“

„Fräulein Trude!“

„Wie eine heiße Welle strömte es ihr zum Herzen.“

„Herr Dr. Reinwald!“

„Mit festem Druck lagen ihre Hände ineinander, indes sie sich tief und lange in die Augen sahen.“

„Dann führte er sie zu der Bank am Badehäuschen und sie dulbete es halb unbewußt zum ersten Male, daß er schätzten seinen Arm um ihre Hüfte schlang.“

„Der alte Christian hat mir verraten, daß Sie im Park zu finden seien!“ sagte er. „Sie sollen zum Kaffee heraufkommen.“

„Die Baronin und Herr von Alleben sitzen schon beim Frühstück.“

„Ich glaube, um dieses Paar brauchen wir beide und nicht weiter mehr zu bemühen.“

„Ein feines Rot stieg in Trudes Wangen.“

„Wie geht es Graf Eichstädt?“ fragte sie unermittelt daswischen.“

„Ich danke, den Umständen nach recht gut. Wir haben gestern nacht noch längere Zeit miteinander gesprochen und ich habe ihm nichts verschwiegen. Er war tief erschüttert, aber gerade über diese seltsame Erörterung hat er sich wieder zu sich selbst und zu Derta zurückgefunden. Die Liebe zu der schönen Della ist ebenso schnell wieder erloschen, wie sie aufgeflodert war.“

„Trude sah nachdenklich auf das unablässige Ameisengetimmel am Erdboden.“

„Ich fürchte mich vor der Liebe!“ sagte sie leise.

„Der kleine Doktor lächelte.“

„Ja, Fräulein Trude, wenn sie wild und maßlos zwei unberrichtete Menschen überfällt, im Laumeil einer süßlichen Leidenschaft, dann kann sie zu einer Flamme aufschlagen, die alles mit ihrer Glut verflent. Das haben wir ja selbst an dem Drama der letzten Nacht erlebt!“

„Es gibt aber auch noch eine andere Liebe, die viel leicht nicht weniger heiß und tief als jene ist. Auch wenn sie dann nur als ein stilles Herbsfeuer weiterbrennt!“

„Er hielt einen Moment tiefatmend inne.“

„Ein großes, reines Glück fand in seinen guten Augen.“

„Und ein solches Herbsfeuer, Fräulein Trude, möchte ich Ihnen gern ansünden, daß es und beiden unser Leben lang leuchten und glücken soll!“

„Und dann nahm er all seinen Mut zusammen und hob ihr ganz blaß gewordenen Gesichtchen zu sich auf und küßte sie auf den roten Mund.“

„Und die lustige, tröstliche Trude legte ihre Arme um seinen Hals und weinte auf einmal bitterlich in den blauen Morgen hinaus.“

Reichsregierung wagen werde. Die Frage, ob die Regierung der politischen Konsequenzen eines Volkswirtschaftlichen der Reichsregierung bewußt sei, erklärte der Minister, die Regierung sei sich der Konsequenzen bewußt und auch bereit, sie aus der sich dann ergebenden Lage zu ziehen. Die letzte Frage, ob die Regierung den Vollzugsbefehl Anweisung gegeben habe, eventuelle Anträge der Reichsregierung auf die Demonstration zurückzuschlagen, beantwortete Reichsmann nach Ansicht des „Kämpfers“ ausweichend dahin, es gebe für die Vollzug keine Hypothese, sondern nur praktische Handlung. Der „Kämpfer“ zieht aus der Beantwortung die Schlussfolgerung, daß die Reichsregierung in dem Moment, wo sie stark sein mußte, sich als unfähig erwiesen habe. Sie habe vor der bankrotten Cuno-Regierung gesucht und sich den Anweisungen der Reichsregierung unterworfen. Die RPD habe die schärfste Regierung unterstützt auf Grund von Vereinbarungen, die jetzt und zeitlich zu erfüllen seien, die Regierung aber habe diese Vereinbarungen preisgegeben.

Die neuen Steuern vom Reichsrat angenommen.

Der Reichsrat erledigte die neuen Steuerentwürfe. Angenommen wurden zunächst die Verbrauchssteuern. Beim Biersteuerentwurf beantragte der bayerische Vertreter eine Herabsetzung der Besteuerung von 20 auf 10 Prozent. Der Antrag wurde abgelehnt. Die Zigarettensteuer wurde dahin geändert, daß der Finanzminister für bestimmte Bezirke und Betriebe die Zahlung bis zu dem bisherigen Fälligkeitstermin hinauschieben kann, wenn wirtschaftliche Gründe dafür vorliegen. Der Minister kann auch zulassen, daß die am 25. jeden Monats fällige Rohlensteuer als Zehnteiler vorabzahlt. Der spätere genaueren Berechnung entrichtet wird. Angenommen wurde dann auch das Rhein- und Ruhrsteuer. Bei der Kraftwagensteuer beschloß der Reichsrat die Befreiung derjenigen Kraftfahrzeuge, die der öffentlichen Suburbanerlei dienen (Auto-Omnibusse usw.). Der bayerische Vertreter wünschte bei der Einkommensteuer für die Landwirtschaft eine Ermäßigung des ersten Zahlungstermins, da der 25. August gerade in die Erntezeit fällt. Ein Vertreter der Reichsregierung erklärte, daß eine allgemeine Ermäßigung nicht möglich sei, daß aber in Einzelfällen Härten nach Möglichkeit ausgeglichen werden sollen. Das Gesetz über die Erhöhung der Vorauszahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer wurde dahin geändert, daß die Vorauszahlungsrate für das August-Quartal für physikalische Personen auf das Doppelte, bei Körperschaften auf das 140fache erhöht wird.

Wertbeständige Posttarife in Sicht.

Der Reichspostminister hat den Verkehrsbeirat auf den 8. August zu einer Sitzung eingeladen, bei der die denkbare Tarifreduzierung auf wertbeständiger Grundlage erörtert werden soll. Ein bereits ausgearbeiteter Entwurf eines neuen Gebührensatzes liegt vor, der die Post-, Telegraphen- und Fernsprechtarife durch gleichmäßige Verabreichung in gleichbleibenden Grundtarifen festsetzt und die jeweils zu erhebenden Gebühren vom Reichspostminister durch Verwirklichung mit einer Schlüsselzahl ermittelt werden. Die Schlüsselzahl wird der Entwicklung der Personalkosten entnommen. In der Verkehrsbeiratsitzung wird ferner die vom 1. September ab nötige Erhöhung der Postgebühren besprochen werden.

Polens ungünstige Finanzlage.

Bei Einbringung des Gesetzentwurfes über das Budgetprovisorium für das dritte Vierteljahr 1923 im Senat der polnischen Finanzminister erklärte, daß die inzwischen eingetretene Devaluation erhöhte Ausgaben verursache, daß andererseits aber die Einnahmen des Staates durch Erhöhung der Steuern und Zölle gesteigert wurden. In dem Bewußtsein, daß die fortwährenden Banknotenumissionen nicht nur finanzielles, sondern auch wirtschaftliches Unheil bringen, werde die Regierung alles daran setzen, um den Weg zur Schaffung einer neuen rationalen und gesunden Valuta durch Gründung einer Emissionbank und Einstellung von weiteren Banknotenumissionen anzubahnen. Polen befinde sich in der glücklichen Lage, daß seine Außen-schulden verhältnismäßig sehr gering seien und das nationale Vermögen im Anwachsen begriffen sei. Die Ernte wird in diesem Jahre sehr gut sein und einen Überschuß an Getreide für die Ausfuhr ergeben. Auf dem Gebiete der Viehzucht habe Polen den Vorkriegsstand weit überstiegen. Die Industrie, der Bergbau sowie das Hüttenwesen entwickelten sich normal. Der schlechte Stand der Staatsfinanzen sei demnach als eine anormale Erscheinung zu betrachten, umso mehr, als die Handelsbilanz seit längerer Zeit aktiv sei. Die Regierung werde alles unternehmen, um diesen Zustand zu beseitigen und die Finanzen des Staates auf eine gesunde und dauerhafte Valuta zu führen. Die Finanzstellen und insbesondere die salutarischen Schwierigkeiten seien größtenteils auf die politischen Reibungen, insbesondere in der nächsten Nachbarschaft Polens zurückzuführen. Die polnische Regierung habe beschlossen, zu einer außerordentlichen Vermögenssteuer zu greifen, die notwendig sei, um gegenüber dem Umstande eine Garantie zu schaffen und eventuell diese Garantie als Unterlage für eine ausländische Anleihe zu bieten. Die Stabilisierung der polnischen Wirt. sei nur im Falle der definitiven Einstellung der Banknotenumissionen und der gänzlichen Befreiung der polnischen Wirt. vom Einflusse der deutschen Wirt. möglich. Die Regierung werde die erhöhten Steuerentnahmen vor allem zu diesem Zwecke verwenden, um die Stabilisierung der polnischen Wirt. herbeizuführen und den Übergang zu einer neuen polnischen Valuta sowie zur Schaffung einer Emissionbank, welche mit eigenem Kapital und unter Teilnahme von privaten Aktionären gegründet werden soll, zu ermöglichen.

Die Reparationskommission

hat dem Sekretariat des Völkerbundesrates mitgeteilt, daß alle interessierten Regierungen in die Verwaltung der Desterreich. H. gewährten Hilfe eingewilligt haben. Die Reparationskommission hat dem Sekretariat des Völkerbundesrates einen Bericht der amerikanischen Kommission ausgestellt des Inhalts, daß die amerikanische Regierung am 6. Juli in Ausführung eines Beschlusses des Kongresses vom 9. April beschlossen habe, die Rückzahlung des Kapitals und der Zinsen im Betrage von 24 655 508,92 Dollar, die Desterreich schulde, vom 1. Juli 1923 ab gerechnet, um 20 Jahre zu verschieben, und zwar unter dem Vorbehalt, daß diese Forderung Priorität haben soll vor allen Reparationsforderungen. In ihrer Freigabe drückte die Rändige Reparationskommission zuerst einen Bericht der australischen Regierung über die Verwaltung des Gebietes von Neuguinea und nahm auch einen Bericht der Regierung Neuseelands über die Verwaltung von Otago entgegen.

Gröba. Wettkämpfe auf das täglich erscheinende „Kaiser Tageblatt“ nimmt jederzeit entgegen Frau Amalie v. Gröba, Gröbastr. 2.

Rohlenammerrückung in Amerika.

Dem Briefe eines seit 40 Jahren in San Francisco lebenden ehemaligen Reislers an seinen Bruder entnehmen wir mit Genehmigung des letzteren folgende interessante Stellen:

„Dummkopf die Anschauung der Durchschnittsamerikaner über den Weltkrieg zu wissen? Da kann ich Dir nur ver-lidern, daß es eine ganz gebräugte Rohlenammerrückung ist. Sie wissen, daß es nur ein Danbelkrieg war, angezettelt von England, um sich den mißliebigen deutschen Konkurrenten vom Hals zu schaffen, von Frankreich aus Rücksicht. Diese Anschauung kam direkt nach Friedensschluss zum Durchbruch; denn während des Krieges wurde die amerikanische Presse ungläublich getrieben, wie es wohl in keinem anderen kriegerischen Lande in gleichem Maße geschehen ist. Durch eine beispiellose englische Propaganda von Nordafrika persönlich betrieben und die Wallstreet-Interessen, die für ihre schönen Profite fürchteten, nachdem die Wallstreet kein Geld mehr hatten, um noch ferner amerikanische Sachen zu überprellen zu kaufen und diese Herren diesen europäischen Lumpen auf Kredit natürlich nichts liefern wollten, so war nur ein Weg, dieses ständige Geschäft weiter fortzusetzen, und das war eben, Amerika mußte selbst in den Krieg hineingezogen werden und da Wallstreet, New York die eigentliche Regierung unseres Landes ist, so war dies schließlich ein Leichtes. Das souveräne Volk wurde natürlich nicht gefragt. Was das amerikanische Volk vom Krieg dachte, hat es ja doch deutlich ausgedrückt, als es 1918 Wilson zum Präsidenten erwählte; bloß weil er uns aus dem Krieg gehalten hätte, während sein Gegenkandidat der Republikaner Hughes und dessen Mundstück Roosevelt während der Kampagne immer für Einmischung in den Krieg brüllten. Freilich hatte diese Wahl dem Volke doch nichts genutzt. Raum wieder empfahl, daß Wilson doch den Krieg fertig gebracht. Als Neuierungen in der Presse, die sich ereigneten, nicht schädlich in das Kriegsgeschäft zu bläsen, wurden brutal unterdrückt, und noch heute sitzen ca. 150 Männer- und Frauen im Justizhaus, die ihre Meinung über den Krieg zu frei ausgesprochen haben. Ganz gebräug und deutlich aber hat sich das Volk bei der nächsten Gelegenheit, wo es wieder zur Stimme kam, ausgesprochen, der Präsidentenwahl 1920, wo dann der Verräter Wilson mit einer so ungeheuren Mehrheit untergeschneit wurde, wie sie noch nie dagewesen ist.“

Die Art und Weise wie Amerika von seinen Kampfgenossen ausgeplündert worden ist und die Frechheit, mit der besonders Frankreich sich weigert, die in Amerika gemachten Anleihen anzuerkennen und zu bezahlen, haben diesem Lande alle Sympathien in Amerika entzogen. Alle französischen Antreibungen, durch Entsendung von Leuten wie Foch, Clemenceau u. nach hier neues Interesse für Frankreich zu erwecken, waren ein Verhulung. Wir wollen eben nur unser Geld zurück haben und wünschen dann für alle Zeiten von einer Einmischung in dem europäischen Angelegenheiten zu bleiben.“

Immer vernimmt man von Deutschland, daß man dort hofft, daß sich irgend ein Land zu seinen Gunsten einmengen werde. Lieber H. das ist ein sehr schlechter Trost. Jedes Land ist eben nur für sich selbst und mischt sich nur dann in anderer Länder Angelegenheiten, wenn es einen bedeutenden Vorteil für sich dabei erwarten kann. Selbst ist der Mann und Deutschland muß sich wieder frisch bewahren mit den wirklichen Wirt. Geplöckstoffen und Luftschiffen und dann kann es eine ganz andere Sprache mit Frankreich reden als bisher. Solange es unbewaffnet ist, wird es sicherlich von den feigen Franzosen mit Füßen getreten.“

Neueste Nachrichten und Telegramme

vom 6. August 1923.

Der vermuthliche amerikanische Kurs.

(Paris.) Obwohl der neue Präsident der Vereinigten Staaten nach außen hin auf die von seinem Vorgänger betriebene Politik festgelegt ist, glaubt die „Chicago Tribune“ eine Reihe von Änderungen des amerikanischen Kurzes annehmen zu können, die von dem Präsidenten Coolidge zu erwarten seien. Als Protektionist der Neuen Welt Schule werde er vermutlich jede weitgehende Zollsenkung des Posttarifs zu verhindern suchen. Das Blatt erwartet angesichts der bekannten Niedererschlagung des Postener Polizeistreiks durch Coolidge eine scharfe Stellungnahme des neuen Präsidenten gegen die Rohlenarbeiter, falls es im Herbst zu einem Streik ihrerseits kommen sollte. Die Schwierigkeiten der Farmer könne Coolidge aus persönlicher Erfahrung, in dessen Fall es wenig wahrscheinlich, daß er wie sein Vorgänger, zur Unterstützung der Landwirtschaft seine Zustimmung geben werde, die ihm von seinem konservativen neuen Welt Standpunkte aus ungesund erscheine. Wie Harding werde Coolidge eine konservative Stellung hinsichtlich der Gesetzgebung betreffend die Einkommensteuer einnehmen. Er sei gegen eine übermäßige Belastung des Geschäftslebens. Was das Eisenbahnwesen anlangt, so werde er sich den von den Abteilern vorgeschlagenen Maßnahmen widersetzen. Als sicher gelte bereits, daß Coolidge nicht auf die radikale Forderung nach einer Sondertagung des Kongresses eingehen werde, wodurch er sich wahrscheinlich eine harte radikale Opposition im Kongress ausbitten dürfte. Die Winter-tagung werde deshalb voraussichtlich stürmisch verlaufen. Hinsichtlich der internationalen Politik habe Coolidge bereits in seinen öffentlichen Neuierungen gezeigt, daß er kein Anhänger der Isolation sei. Er neige dem Vorschlage einer aktiven Teilnahme an internationalen Gerichtsprozessen zu. Im Großen und Ganzen habe er sich bisher nur wenig über die internationalen Beziehungen geäußert, aber doch erkennen lassen, daß er den amerikanischen Außenhandel wieder ausgebaut wissen möchte. Aus diesem Grunde möchte er naturgemäß die Wirtschaft Europas, namentlich Mitteleuropas, zu normalen Verhältnissen. Obwohl man in Washington nicht annehme, daß er bereit sei in der Regelung zur Auf-frage eine große Rolle zu spielen, werde er zweifellos willens sein, in gewissem Sinne daran mitzuwirken.

Reine sofortige Entscheidung Englands.

(London.) Reuter erklärt, daß in der Lage der Reparationsfrage keine Veränderung eingetreten wäre und daß noch immer angenommen werde, daß die britischen Dokumente ungefähr Mitte nächster Woche veröffentlicht werden. Obwohl Lord Curzon als auch der Premierminister Baldwin wären von London abwesend. Darum wäre es nicht möglich, mitzuteilen, welche weiteren Schritte die Regierung zu unternehmen beabsichtige. Es wäre nicht bekannt, ob Großbritannien jetzt Verhandlungen mit Frankreich auf der Grundlage der Verschmelzung der Reparationsfrage mit der Schuldenfrage beginnen werde. Als diese Fragen wären vom Kabinett bei seinem Zusammenkommen in der nächsten Woche erwogen werden.

Die Pariser Presse

Aber die belgischen Reparationsvorschläge.

(Paris.) Das Journal des Debats erklärt die gegenwärtige Ruhepause in den französisch-englischen Verhandlungen gebe dem Pariser Kabinett eine vorzügliche Gelegenheit, zu handeln. Die englischen Parlamentsredner hätten klar erwiesen, daß Baldwin und auch Curzon kein bestimmtes Programm beäugen und durchaus unentschlossen wären. In der Information ist gleichfalls die Erwartung ausgesprochen, daß bis zum Mittwoch eine Lösung gefunden werden müsse, um der englischen Regierung aus der Geduld, in die sie durch dieses Verweilen geriet, heraus-

zuhalten. Die belgischen Vorschläge von einer Verpfändung zu Grunde gelegt werden, umso mehr, da Deutschland, wenn sie angenommen werden, in ungefähr 10 Jahren den von Frankreich und Belgien geforderten Wiedergeldtrag zur Reparation, 31250 Millionen Goldmark, die Erzielung der interalliierten Schulden vorausgesetzt, verabsichtigt haben werde. Allerdings hängt die Verwirklichung des belgischen Planes von dem guten Willen Deutschlands ab. Diesen Willen heißt die „Liberte“ ganz in Abrede. Es werde a. B. im Hinblick auf die Verpfändung der Eisenbahn der Wiedergeldtrag nicht gelingen, die geschäftliche Arbeitszeit zu verlängern. Zur wirksamen Bekämpfung des Defizits sei diese Maßnahme aber unerlässlich. Ein Nachgeben der Sozialisten und Syndikalistin in dieser Frage sei um so unwahrscheinlicher, als sie bereits dem früheren Führer der Volkspartei Stresemann dieses Opfer abgeschlagen haben und sie würden sich erst recht nicht vor den Gläubigern Deutschlands beugen. Demgegenüber werde sich Deutschland mit Begeisterung in den Freusung der Sabotage gegen die Kartelle hängen, da ihr Vertrag dem Auslande zugestimmt werden soll. Aus diesem Grunde sei die Politik der Abwehr-erregung die einzig richtige. (1)

Bermischtes.

Summeisenbahnunglück. Von den bei dem Kreienfer Eisenbahnunglück Verletzten sind insamts in der Göttinger chirurgischen Klinik zwei weitere Personen verstorben. Dadurch ist die Gesamtzahl der Toten auf 48 gestiegen. Die Toten sind nunmehr sämtlich erkannt. Der Zustand der Verletzten hat sich gebessert.

Die Osterinsel nicht untergegangen. Es steht nunmehr fest, daß die Osterinsel nicht untergegangen ist. Die hiesige Regierung hat einen Dampfer beauftragt, die Insel aufzusuchen. Dieser ist nunmehr zurückgekehrt und hat, wie „Efficientia“ mitteilt, die Kunde mitgebracht, daß das Erdbeben auf der Osterinsel nicht einmal beobachtet worden ist. Die weit abgelegene Insel wurde im Jahre 1812 von dem deutschen Meteorologen Dr. Walter Knuche besucht, der feststellte, daß absolute tektonische Ruhe herrsche. — Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß anlässlich fast jeden größeren Erdbebens vom Untergang von Inseln berichtet wird. Die Nachrichten haben sich bisher fast immer als unrichtig herausgestellt.

Tod in der Oke. Einer Wittener Meldung des „Sozialenizers“ zufolge kenterte ein Boot, in dem ein Fischer aus Neudorf bei Wolin mit seinem beiden Söhnen und dem Sohne eines Bodegastes in die Oke hinausgefahren war. Sämtliche vier Insassen ertranken.

Massenkrankungen. In Cameln sind über 100 Personen unter merkwürdigen Erscheinungen erkrankt. Man vermutet, daß der Genuss von Bierdunst die Ursache war. In der Stadt herrscht große Beunruhigung. Eine Untersuchung des betreffenden Fleisches ist veranlaßt worden. Die Erkrankungen sind glücklicherweise leichter Natur.

Fliegerunfall. Als zwei deutsche Flieger am Sonntagabend auf dem Wege nach Gothenburg um 4 Uhr die Insel Riden passierten, mußte die eine Maschine wegen Motor-schaden niedergehen. Der Pilot des Flugzeuges rief durch Sprechrohr seinen Kollegen zur Hilfe herbei. Das Flugzeug, das zur Hilfeleistung niederging, setzte zu hart auf das Wasser auf, kenterte und wurde vollkommen zertrümmert. Der Pilot Schulz, der nicht schwimmen konnte, ertrank; sein Passagier wurde nach einer Viertelstunde von dem zuerst niedergegangenen Flugzeug gerettet. Schulz kammt, wie auch der andere Pilot, aus Straßburg. Das eine Flugzeug ist geborgen.

Kunst und Wissenschaft.

Zur Feier des Verfassungstages. Bei der Feier im Opernhaus zu Dresden am Vormittag des 11. August wird Heinrich Mann die Festansprache halten.

Hochspielplan des Staatstheater. Schauspiel: „Jah.“ Jeden Tag von Sonntag, den 5. bis Sonntag, den 12. August, „Lady Windermere's Fächer.“ Anfang 7.30 Uhr Opernhaus: Sonnabend, den 11. August, erste Vorstellung der neuen Spielzeit „Die Weiserfinger von Nürnberg.“ Anfang 5 Uhr. Sonntag, den 12. August, „Die Hebräer.“ Anfang 7 Uhr. Montag, 13. August, „Der Woyzeck.“ Anfang 6.30 Uhr.

Der Großhändler-Schlüsselbund. Der Begründer und Erhalter des seinen Namen tragenden großen Natur- und Vogelschutzparkes in Ruhig, ist wegen seiner Verdienste um die Natur- und Vogelschutzbewegung von der Universität Greifswald ehrenhalber zum Dr. phil. ernannt worden. Die Auszeichnung gilt dem Naturfreund, der eifrig und mit großem Erfolg bemüht ist, die Liebe zur Natur sowie das Interesse für sie in weite Kreise zu tragen, und dem verdienten Förderer der naturwissenschaftlichen Forschung.

Volkswirtschaftliches.

Ein Liter Milch — 21000 M. Die Milchpreise für das Gebiet der Stadtgemeinde Berlin werden mit Wirkung vom heutigen Montag wie folgt festgesetzt: Für Vollmilch 21000 M. je Liter, für nach Berlin eingeführte Magermilch 8400 M. je Liter. Ein mastenreifes Brot kostet in Berlin 82000 M.

Die Buchhändler-Schlüsselbund. Die Buchhändler-Schlüsselbund, die erst am 2. August vom Börsenverein auf 41 000 festgesetzt war, wurde bereits mit Wirkung vom 4. August ab wieder, und zwar auf 70 000 erhöht werden.

Gründung einer Deutschen Wohnstätten-Bank A. G. Der Reichsverband der Wohnungsfürsorge-Gesellschaften und die Preussische Landespfandbriefanstalt haben unter Teilnahme des Reichsarbeitsministeriums die Deutsche Wohnstättenbank A. G. als gemeinnütziges Unternehmen gegründet. Das Aktienkapital beträgt 100 Millionen Mark und ist von obengenanntem Reichsverband und von der Landespfandbriefanstalt übernommen worden. Neben dem Aktienkapital ist ein Einrichtungsstock von zwei Milliarden Mark vorgesehen. Das Unternehmen bezieht die Dergabe wertbeständiger auf Goldbasis aufgebaute Hypotheken. Die Beschaffung der Mittel erfolgt durch die Ausgabe wertbeständiger Wohnstätten-Rentenbriefe. Von der neuen Gründung erwartet man in beteiligten Kreisen eine starke Belebung der Wohnungs- und Wohnungsbauproduktion und glaubt, daß sie auch nicht ohne Einfluß auf das bisherige staatliche Zuschußverfahren sein wird, da die wertbeständige Belebung sich naturgemäß in erheblich höheren Grenzen bewegen kann, als es bisher mit der Papierbelebung des rentierlichen Wertes möglich war. Dem Aufsichtsrat gehören Vertreter des Reichsverbandes der Wohnungsfürsorge-Gesellschaften, der Landespfandbriefanstalt, der Vereinigung der Deutschen Bau-genossenschaften, der Landesversicherungsanstalten, des Reichsarbeitsministeriums und des Preussischen Volkswirtschaftsministeriums an.

Regelung der Druckpapierpreise. In Verhandlungen, welche im Reichswirtschaftsministerium leitend unter Einwirkung aller Interessenten über die Regelung des Druckpapierpreises geführt wurden, gelang es zu einer Einigung hinsichtlich des Preises und der Zahlungsbedingungen zu kommen. Die Verordnung des Reichswirtschaftsministeriums über die Beschaffung des Druckpapieres wird deshalb durch Veröffentlichung im Reichs-anzeiger sofort aufgehoben werden.

Die Finanzreform.

Der Monat Juli hat die Entscheidung darüber gebracht, daß der Zusammenbruch der Papiermark nicht mehr aufzuhalten, die Vorbereitung des Ueberganges zu einer neuen Währung nicht mehr vertagt werden konnte. Diese Erkenntnis hatte ihre Gründe gleichmäßig in der inneren und der äußeren Politik des Reiches, denn zur unmittelbaren Anschaffung einer Katastrophe, die den Dollarpreis in wenigen Tagen von 200 000 auf mehr als eine Million Papiermark gebracht hätte, trat von außen her die Gewißheit, daß man auf das Ende des Ruhrkampfes nicht warten können. Gerade die finanziell unzulängliche und beinahe leichtfertige Führung dieses Wirtschaftskampfes wurde ja dem Kabinett Luno von allen Parteien so nachdrücklich zum Vorwurf gemacht, daß eine Zeit lang der Bestand der Reparationsfrage erst recht das Reich vor die Notwendigkeit gestellt, die Forderungen des gesamten auch des bekümmerten Auslandes zu genügen und das Gleichgewicht seines Staatshaushaltes, die Bekändigkeit seines Zahlungsmittels, die Kreditfähigkeit von Staat und Wirtschaft, wieder herzustellen: Aufgaben, deren Lösung auch in der Zeit der Ungewißheit mindestens doch vorbereitet werden mußten.

Tatsächlich wurden Regierung und Volksmehrheit, wie von der Dauer des Ruhrkampfes so von der Schnelligkeit und Vollständigkeit des Geldwechsels überrascht. Ueber Nacht war an die Stelle der Geldverschlechterung die Geldlosigkeit getreten. Denn wenn man damit rechnen mußte, daß sich in je einem Monat Dollar Kurs und Preise mindestens verdreifachten, so hörte die Mark sogar auf, ein Zahlungsmittel zu sein. Für die Herovorbereitung und Inhaber von Waren war es ein Wagnis, gegen noch so viel Papiergeld etwas herzugeben, für die Lohn- und Gehaltsempfänger wurde der Wettauf mit der Entwertung ausichtslos. „Verbrecherhaftigkeit“ war plötzlich die Forderung aller.

Das bedeutet zunächst: die Goldmarkrechnung. Aber wie sollte die Bekändigkeit der Rechnungseinheit neben der Unbekändigkeit des Zahlungsmittels erreicht werden? Es war ein anderes, ob man tatsächlich eine neue Währung schaffen, ein anderes, ob man die alte, papierne durch vorläufige Maßregeln wenigstens solange noch lebensfähig erhalten wollte, daß sie die Vorbereitungen zur neuen Währung; ein anderes, ob man die Finanzreform auf der Goldrechnung oder die Goldrechnung auf der Finanzreform aufbauen wollte.

Der Weg, den die Reichsregierung gewählt hat, geht von der Papiermarkführung über die Goldrechnung zur (künftigen) neuen Währung. Das ist ein Kompromiß, aber ein kaum vermeidbares. Die gewerkschaftliche Forderung nach tatsächlich wertbehafteten Löhnen nicht vorläufig ausgegeben werden: man fand den Maßstab nicht. Es blieb also nur die schnellere „Aufwertung“, bei Festhalten an der Papiermark. Die aber kann den Rest ihrer Brauchbarkeit nur bewahren, wenn es dem Reich gelingt, durch höhere Steuern die beispiellosen Fehlbeträge seines Haushaltes zu verringern. Auch die strenge Verbleibhaftigkeit, wie die Regierung sie anstrebt, ist freiwillig nur bedingt; einweisen, bis wirkliche „Goldkennern“ möglich sind, soll der „Steuerzins“ die Abgaben aufwerten helfen. Kompromisse zwischen dem Bedürfnis nach einer wertbehafteten Einheit und dem vorläufigen Festhalten an der Papiermark sind denn auch die Erleichterungen im Devisenverkehr, die Erhöhung des Reichsbankdiskonts, die in Aussicht gestellten Goldkonten und, besonders, die Goldanleihe.

Das alles ist natürlich nicht die Finanzreform; es kann ihr höchstens, im Fall des Gelingens, den Boden bereiten.

Wiederzulassung des freien Devisenverkehrs.

Im Zusammenhang mit dem in den letzten Wochen unternommenen Versuch, dem weiteren Abwärts der Mark entgegenzuwirken, hatte sich die Reichsregierung entschlossen, durch die Verordnung des Reichspräsidenten vom 22. Juni 1923 über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln zum Einheitskurs der freien Devisenhandel einzuschließen und vorzuschreiben, daß Devisen nur nach einem von der Reichsbank festzusetzenden Einheitskurs gehandelt werden dürfen. Nach der Entwicklung des Devisenmarktes in jüngerer Zeit und, nachdem sich insbesondere im Zusammenhang mit den Reparationszahlungen im Waren- und Zahlungsverkehr, sowie Schwierigkeiten für die Versorgung Deutschlands mit Lebensmitteln und Rohstoffen ergeben haben, sieht sich die Reichsregierung veranlaßt, die Verordnung anzuhellen. Wenn teurer Devisen zurückgekauft wurden, weil diese Zurückhaltung höhere Kurse an Aus-

landshöfen versprach, oder weil für ihre Wiederbeschaffung bei späterem Bedarf große Schwierigkeiten befürchtet wurden, so fällt für Zurückhaltung von Devisen aus solchen Gründen nun jeder Anlaß weg. Ueberdies bietet die Aufhebung einer Goldanleihe des Reiches nunmehr die Möglichkeit, sich in dieser Anleihe ebenso zu sichern wie in Devisen.

Im Anschluß hieran wird amtierende folgende Verordnung erlassen: Auf Grund des Artikels 48 der Reichsverfassung wird folgendes verordnet: Die Verordnung über den Handel mit ausländischen Zahlungsmitteln zum Einheitskurs vom 22. Juni 1923 und § 2 der Verordnung über Termingeschäfte und den Handel mit Dollarscheinen vom 3. Juli 1923 werden aufgehoben. Diese Verordnung tritt mit der Verkündung in Kraft.

Das „schuldensfreie“ Deutschland.

Sir Robert Dorne, dem man im allgemeinen nicht nachsagen kann, daß er dem deutschen Problem allzu unanschön gegenüber stünde, dessen Stimme in wirtschaftlichen Dingen aber in der Welt Wert beilegt wird, da er lange Zeit hindurch das englische Schatzkanzleramt verwaltet hat, hat am Tage vor den beiden großen Debatten über das Reparationsproblem im Unterhause eine Rede gehalten, in der er das deutsche Finanzgebaren auf das Bestigste angriff. Seine Worte gipfelten in dem Satz, daß das von früheren Schulden freie Deutschland sich auch in der Nachkriegszeit seiner inneren Schulden zu entledigen gewußt habe. Sofort hat Belgien dahintergegriff und sich die Argumentation Hornes zu eigen gemacht. Deutschland hat keine äußeren Schulden? Vorläufig sind die 20 Goldmilliarden, die es nach dem Londoner Ultimatum zahlen soll, weder annulliert noch ermäßigt worden, und es ist mehr als gewiß, daß man sie ihm niemals völlig erlassen wird. Was sind, hieran gemessen, die äußeren Schulden unserer Vätergeneration? Auch mit der inneren Schuld ist es ein eigen Ding. Es ist richtig, daß Deutschland seine im Frieden aufgenommenen Staatsschulden in Papiermark verzinst und zurückzahlt, aber ist das nicht eine der Hauptursachen der Verarmung des deutschen Volkes und der Vernichtung seiner Steuerkraft? England fürchtet von dem „schuldensfreien“ Deutschland, daß es in absehbarer Zeit in härterer Stellung als vor dem Kriege als Konkurrent auf dem Weltmarkt erscheinen könnte. England mag sich beruhigen. Der absolute Verfall der deutschen Währung hat es zumege gebracht, daß die deutschen Inlandspreise die Weltmarktpreise zum Teil weit überschritten haben. Wenn Deutschland heute überhaupt noch konkurrenzfähig ist, so geschieht dies nicht mehr, wie früher, mit Hilfe eines Valutabumwärtung, sondern durch ein fogenanntes echtes Dumping; d. h. die deutsche Industrie ist gezwungen, dem Auslande billigere Preise zu machen, als sie der deutsche Konsument bezahlt. Es ist grotesk, daß weite französische Wirtschaftskreise sich klar darüber sind, daß nur von einem wirtschaftlich gesunden Deutschland, d. h. von einem Deutschland, das in der Lage ist, seine industrielle Produktion in den Dienst der Sache zu stellen, Reparationen erwartet werden können. Das beweisen die Abkommen zwischen Mathenau und Loucheur und zwischen Stinnes und Lubliner. Macht sich in England die Weisenerfurcht vor der deutschen Konkurrenz weiter bemerkbar, so ist die Situation in dieser Hinsicht die gleiche wie vor dem Kriege, d. h. England wird mit allen erlaubten und unerlaubten Mitteln versuchen, sich dieser Konkurrenz zu entziehen. Vielleicht liegt hier das Fundament und die Antwort auf die Frage, warum sich England, trotzdem es dauernd über die Vernichtung seines Handels schreibt, fünf Jahre nach dem Kriegsende noch nicht zum — Handel eingeschlossen hat.

Das neue Finanzprogramm der Reichsregierung und die Industrie.

Der Steuerausfluß des Verbandes Sächsischer Industrieller nahm Stellung zu den neuen Steuerplänen des Reichskabinetts. Er erkennt die Notwendigkeit, rasch zu erhöhten Steuereinnahmen zu kommen, durchaus an, bedauert jedoch, daß nunmehr eine Reihe neuer Steuerlasten den Steuerzahler gleichzeitig trifft. Voraussetzung für einen Uebergang zu wertbehafteten Steuern ist im übrigen nach Ansicht des Verbandes die harte Ermäßigung der Steuerlasten, die in ihrer jetzigen Fassung nur durch die Geldentwertung möglich gewesen sind. Ueber den Steuererhöhungen darf ferner nicht vergessen werden, daß auch die Ausgaben durch Sparmaßnahme und durch Abbau des überflüssigen Beamtenapparates stark vermindert werden können.

Gläubig ist die Arbeit zum Teil wieder aufgenommen. Im Maßstab hat der Streit auf die Höhe von 100 000 Mark übergriffen. Im Bezirk Necklinghausen verharren die Belegschaften in passiver Resistenz.

Das Werberer Kriegsgericht.

verhandelte gegen den Arbeiter Regenbogen, den Priester Görtz und den Kaufmann Spielberg aus Wülheim wegen Verbreitung und Anschlags von Plakaten. Alle drei Angeklagten waren denunziert worden, die Denunzianten waren aber als Zeugen nicht erschienen. Regenbogen erhielt zwei Jahre Gefängnis, Spielberg ein Jahr Gefängnis, Görtz wurde freigesprochen. — Weiter hatten sich zwei in französischen Diensten stehende Deutsche namens Weber und Ziegler zu verantworten. Sie bekundeten, daß sie seit Monaten in französischen Diensten stehen, Deutsche verhaftet, deutsche Wohnungen durchsucht und Papiere ausgehoben und ihre Stellung zu Diebstählen in deutschen Häusern benutzten. Weber hatte dem Ziegler seine französischen Ausreisepapiere übergeben, um bei einer Witwe denrichs Auslösung vorzunehmen. Die Gelegenheit hat Ziegler benützt um bei der Witwe unter Erbrechung einer Tür eine goldene Uhr, eine Schmuckkette und 150 000 Mark bares Geld mitzunehmen. Ziegler wurde wegen Einbruchdiebstahls zu zehn Jahren Zwangsarbeit, Weber wegen Beihilfe zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Weber hat zum Schluß um milde Bestrafung, da er alsbald nach seiner Entlassung in den französischen Dienst wiederzutreten beabsichtigt.

„Ere Nouvelle“ verbreitet die Nachricht, die von dem französischen Kriegsgericht zum Tode verurteilten und vom Reichstagsabgeordneten Erkelenz in seinem Brief an den Abgeordneten Derriot angeführten Deutschen seien zu lebenslänglicher Zwangsarbeit begnadigt worden. Der Agentur Havas ist von einer beratigen Begnadigung nichts bekannt. Tatsache sei nur die Umwandlung der gegen den Landwirtschaftslehrer Görzes verhängten Todesstrafe in lebenslängliche Zwangsarbeit.

Verurteilung wegen Spionage.

Der Kaufmann Dilsch hat sich wegen Betruges in Offen zu verantworten. Er hatte, wie die Rheinisch-Westfälische Zeitung“ meldet, den Franzosen angelegliche Geheimakten und Geheimdokumente des Reichswehrkommandos in Münster gegen Bezahlung von zwei Millionen Mark überreicht. Diese Papiere, die den früheren Stempel der Echtheit an sich trugen, wurden später als gefälscht erkannt. Der Angeklagte gab die Fälschung zu und erklärte, im deutschen Interesse zum Zwecke der Irreführung die Fälschung vorgenommen zu haben. Er erhielt vier Jahre Gefängnis.

Das belgische Ehrensurteil.

Das belgische Oberkriegsgericht in Aachen hat am 4. August in der Morbsache Graf unter Bestätigung des erstinstanzlichen Urteils gegen den Schutzpolizeuleutnant Reinhardt als angeblichen Anführer des Nordbataillons und gegen die Schutzpolizeiwachmeister Riecke und Klein als angebliche Täter zur Todesstrafe erkannt. Verurteilt sind ferner der Schutzpolizeiwachmeister Grobert, der in erster Instanz gleichfalls zum Tode verurteilt war, nunmehr zu 20 Jahren Zwangsarbeit, die Wachmeister Termöhlen zu 20 Jahren Zwangsarbeit, Dömland zu 15 Jahren Zwangsarbeit, Klaus und Romad zu je 3 Jahren Gefängnis und die Witwe Deckmann zu fünf Jahren Gefängnis — sämtlich wegen angeblicher Beihilfe.

Dieser Ausgang der Berufungsbehandlung muß aufs höchste überraschen. Bekanntlich hatten, nachdem die Angeklagten auf Grund eines damals schon widerriefenen Geständnisses in erster Instanz verurteilt waren, die Angeklagten nach der Tat ins unbefestete Gebiet geflüchteten Schutzpolizeiwachmeister Engels, Engeler und Schwirrat vor der Staatsanwaltschaft in Stettin die Tat ihrerseits freiwillig eingestanden. Sie haben dieses Geständnis auch als Zeugen vor dem belgischen Gericht, dem sie nach Zustellung freier Geleits vorgeführt waren, aufrechterhalten, wenngleich Engeler dabei unter dem Eindruck seiner Ueberführung ins befestigte Gebiet für kurze Zeit schwankend geworden war. Eine Reihe von Zeugen hat ferner eidlich bekundet, daß Daws, Engeler und Schwirrat ihnen die Tat noch in der Nacht ihrer Begehung eingestanden haben. Die belgischen Sachverständigen haben vor dem Oberkriegsgericht bestätigt, daß die von den Stettiner Verhafteten nach ihrer Angabe bei der Tat befolgten, von der Deutschen Regierung dem belgischen Gericht zur Verfügung gestellten Pistolen den am Tatort und in der Gegend gefundenen Geschossen und Hülsen genau entsprechen, und daß nach jeder Zweifel an der Benutzung dieser Pistolen zur Morbtat ausgeschlossen ist. Demgegenüber muß die Beweiskraft der von den Aachener Verurteilten im Anfang der belgischen Untersuchung abgegebenen, später widerrufenen Geständnisse zum mindesten bezweifelt werden, zumal die Geständnisse nach den Aussagen der deutschen Zeugen, die den Vernehmungen beigewohnt haben, unter Umständen abgegeben sind, die ihre Glaubwürdigkeit von vornherein stark beeinträchtigen.

Die nähere Begründung des jetzt ergangenen Urteils ist noch nicht bekannt. Aus ihr wird man erst erfahren, wie das belgische Gericht sich mit den Aussagen der belgischen Sachverständigen und der deutschen Entlastungszeugen befunden hat. Die Reichsregierung wird nichts unberücksichtigt lassen, um eine nochmalige Nachprüfung der Schuldfrage herbeizuführen.

Beschlagnahme der Bergwerke angedroht.

Nach einer Savas-Meldung aus Koblenz hat General Degoutte folgende Verordnung über die Beschlagnahme von Bergwerken erlassen: 1. Wenn das Deutsche Reich die ihm auf Grund des Abkommens des Friedensvertrages und der späterhin getroffenen Abmachungen auferlegten Verpflichtungen über Lieferung von Brennstoffen nicht ausführt und die regelmäßige Ausbeutung nicht zuläßt, kann die interalliierte Ingenieurkommission, falls Deutschland die Produktionslieferung verweigert oder sich aufzuerhalten erklärt, sie zu leisten, von den Gruben und den ihnen angeschlossenen Werken Besitz ergreifen, desgleichen von den Rohstoffen und Vorräten. Die Gruben und Werke können dann von ihr selbst oder durch die Vermittlung von Konfessionierten betrieben werden. 2. Die Befreiung der Kohle- und Transportkosten für die Lieferungen gehen zu Lasten der Deutschen Regierung.

Zur Verordnung des Generals Degoutte über den Raub der Bergwerke wird von deutscher halbamtlicher Seite noch mitgeteilt: Im Artikel 3 der Verordnung Nummer 57 wird den Kontrollkommissionen das Recht gegeben, die zu Tage gefördertem Rohmaterialien zu einem von ihr festzusetzenden Preise zu verkaufen. Artikel 4 bestimmt, daß wer sich den Befehlen der Kommission oder deren Bevollmächtigten widersetzt, oder Betriebe, die beschlagnahmt sind, einstellt oder kündigt, mit Gefängnis bis zu fünf Jahren oder Geldstrafe bis zu 5 Milliarden Mark zu bestrafen ist. Artikel 5 befaßt sich mit den Sabotageakten, die mit Gefängnis bis zu 20 Jahren und Geldstrafe bis zu 15 Milliarden Mark geahndet werden. Wenn bei Sabotageakten Menschen zum Leben kommen, so tritt Todesstrafe oder bei mildernden Umständen lebenslängliche oder zeitliche Zwangsarbeit, jedoch nicht unter zehn Jahren an Stelle der obigen Strafen. Artikel 6 lautet, wer überführt ist eine annehmbare Uebertre-

Wichtige Zwischenfälle in Düsseldorf.

Am Sonntag abend gegen 7 Uhr fand in Düsseldorf während der französischen Wappparade die Explosion von Handgranaten statt. 4 französische Soldaten und 3 Zivilisten wurden verletzt. Die Besatzungsbehörden haben den Chef der Kriminalpolizei in Düsseldorf und einen deutschen Zivilisten verhaftet, außerdem wurde über Düsseldorf der verdächtige Belagerungszustand verhängt. Weitere Sanktionsmaßnahmen gegen Düsseldorf sollen bevorstehen.

Von deutscher halbamtlicher Seite wird hierzu mitgeteilt: Nähere Angaben über die Vorfälle liegen bisher in Berlin noch nicht vor. Die Maßnahmen der Besatzungsbehörden lassen erkennen, daß die Franzosen eine deutsche Täterschaft vermuten. Weitere Anhaltspunkte werden sich aus der Untersuchung an der Deutsches Land mitwirken gern bereit ist, ergeben. Sollte eine deutsche Täterschaft erwiesen sein, so würde die Reichsregierung das auf die höchste beklagen. Sie hat bei den Verhandlungen mit Antinus Pacelli erst vor kurzem zum Ausdruck gebracht, daß sie jede verbrecherische Gewalttätigkeit verurteilt und sie kann diese Verurteilung heute nur mit aller Schärfe wiederholen. Verbrecherische Gewalttätigkeiten schädigen nur die deutsche Bevölkerung und deutsche Sache.

6 Milliarden geräumt.

Die Franzosen halten die Reichsbank in Gefenskirchen noch immer besetzt und wie es heißt, haben sie neuerdings wieder 6 Milliarden beschlagnahmt. Das sind die Gelder, die sich gerade in der Tageskasse befanden. Den Tresor fanden die Franzosen verlockt. Der Reichsbankdirektor Jung und zwei Kassierer sind verhaftet und, allem Anschein nach, in der Richtung Necklinghausen abtransportiert worden.

Neue Beschlagnahmen.

Auf dem Steinkohlenbergwerk Jolweren in Essen, wo mehrere Schachtanlagen von den Franzosen besetzt worden sind, sind im Verwaltungsgebäude die Schränke der abwesenden Direktoren einer eingehenden Durchsuchung unterzogen worden. Verschicktes Kartenmaterial wurde mitgenommen. Am schließlichen aber wurde in der Kartenscheide verfahren, die ihres gekamerten Materials beraubt worden ist. Mit dieser Wegnahme der Unterlagen für die Kartenscheide sind für die Gesundheit und das Leben der Bergleute große Gefahren verbunden. Die Gebäude der Kartenscheide und der Verwaltung sind von den Franzosen wieder freigegeben worden, während auf den Schachtanlagen selbst sichern mo-

gen die Kofereien auf Schacht 3, 1 und 2 einschließlich der Wäros besetzt waren. Es wird beabsichtigt, mit der Verladung von Koks zu beginnen.

Am 2. August wurden in Essen auch die Scharfersberg, die Barbara, die Paul Gerhardt, die Kreuz- und die Kutherschule von Alpenjägern besetzt.

Der Plakkommandant von Essen gibt in den Zeitungen folgendes bekannt: Jede Person, die im besetzten Gebiet wohnt und ins unbefestete Gebiet zu fahren beabsichtigt, muß sich persönlich an den zuständigen Stellen vorstellen, um ihren Personalausweis mit vierködigem Stempel (Willebe Circulation) abstempeln zu lassen. Es wird nochmals darauf hingewiesen, daß dieser Stempel unentgeltlich ausgegeben wird. Also muß jeder durch fremde Vermittlung und Bezahlung irgendwelcher Gebühr erhaltene Stempel für falsch gehalten werden. Es wird nochmals betont, daß jede Person, die mit einem mit falschem Stempel versehenen Ausweis verkehrt, die durch die Verfügung (Artikel 6) vorgesehenen Strafen verurteilt hat. Nämlich bis zu 10 Jahren Gefängnis oder 100 000 Mark Geldstrafe.

In Oberhausen drang eine Abteilung französischer Soldaten in das Elektrizitätswerk ein, um die seit Monaten verweigerter Strom- und Lichtabgabe an den Bahnhof Oberhausen zu erzwingen. Die Belegschaft des Elektrizitätswerkes legte sofort die Arbeit nieder.

In Hamborn stahlen die Einbruchstruppen am 30. Juli aus einem verschlossenen Eisenbahnwagen 30 Zentner Kartoffeln.

Die Einbruchstruppen haben den Betriebsleitungen und Belegschaften der Hefen Dorfeld, Schacht 1-5 und Victoria, Schacht 1-3 in Wülheim den Befehl ausstellen lassen, umgehend die Kofereien und Nebetriebe wieder in Gang zu setzen, widrigenfalls von jeder Seite 30 Familien ausgewiesen werden sollen.

In Bottrop haben sich auf Befehl der Besatzungsbehörde Geiseln für die Begleitung der Regiesüge zu stellen.

Auf dem Flugplatz Wanne-Dorsten wurden vor einigen Tagen von der Besatzung größere Vorräte alter Munition vernichtet. Durch die Detonationen wurden fast sämtliche Fensterheben und Schaulenster des Stadtheiles Necklinghausen-Süd zertrümmert.

Die Streiklage im Bergbau

hat sich etwas gebessert. Zu Ruhestörungen ist es bisher nirgends gekommen. Im Oberhaufener, Weisenthaler, Buerer und Boitrover Bezirk wird überall gearbeitet; im Bezirk

tung begangen zu haben, zu begeben verläßt hat, oder eine andere Veranlassung dazu aufweist, oder den Antritt verläßt, oder eine dieser Veranlassungen vorbereitete Handlung begangen zu haben, oder dazu aufgereizt zu haben, oder den Gedanken hervorzurufen, unterstellt, oder gefördert zu haben, hat die gleiche Strafe verhängt. Artikel 7 befaßt sich mit der Polizeigewalt. In den Bergwerksbetrieben untersteht die politische Leitung der internationalen Kommission. Der die Befehle dieser Kommission übertrifft, welche Folgen es auch haben mag, hat Gefängnis bis zu 5 Jahren oder Geldstrafe bis zu 5 Millionen zu gewärtigen.

Die Sonderbündlerbestrebungen.

Die Rheinische Unabhängigkeitspartei „Frei Rheinhaut“ hat bei der Düsseldorf-Stadterwaltung die Genehmigung zur Abhaltung einer Versammlung im Kaiserpalast der „Lombard“ nachgesucht, in welcher bezeichnenderweise der ganz in französischer Sprache abgehaltene, abendliche Journalist Matthes das Referat halten sollte. Die Polizeiverwaltung reichte den Antrag an den französischen Ortskommandanten weiter mit dem Bemerkten, daß sie bei der Ablehnung des Antrages beharren müsse, weil viele Kreise der Bevölkerung den Sonderbündlerbestrebungen durchaus feindlich gegenüberstünden und daher der Kaiserpalast nicht für die Versammlung gegeben werden könne. Der französische Ortskommandant stellte darauf dem stellvertretenden Oberbürgermeister eine Note zu, daß, wenn die Polizeiverwaltung auf ihrer Weigerung beharre, er, der Ortskommandant, dann den Saal für die Abhaltung der Versammlung requirieren müsse. Da die Polizeiverwaltung bei ihrer Weigerung verblieb, wurde der Stadterwaltung ein Befehl des Generals Simon aufgestellt, daß der Saal herzugeben sei, worauf der stellvertretende Oberbürgermeister sich gezwungen sah, dem Befehl nachzukommen.

Der Reichspräsident

hat dem Generalsekretariat der Rheinischen Zentrumspartei auf die ihm übermittelte Kundgebung der Rheinischen in Heidelberg gegen die Abtrennungsbestrebungen, gegen den völkerrhetorischen Einbruch in das Ruhrgebiet und gegen die Gewalttaten der Besatzung folgende Antwort gegeben: „Dem Generalsekretariat der Rheinischen Zentrumspartei danke ich herzlich für die Übermittlung der Kundgebung der Rheinischen der Zentrumspartei, von deren Ausführungen ich mit lebhafter Teilnahme und Bewegung Kenntnis genommen habe. Die Kundgebung ist ein einseitiges und bedeutungsloses Vorgehen der Bevölkerung am Rhein und an der Ruhr zum Reich, zum deutschen Volke und eine deutliche Ablehnung aller durch fremde Mächte in deutsches Land hineingetragenen Sonderbestrebungen. Weder die Proteste gegen die Gewalttätigkeiten über eine friedliebende und arbeitssame Bevölkerung in der Welt nicht ungehörig verhalten! Wie können die auch die Auffassung, daß eine geteilte Gesetzgebung und ein festerer Verfassungswille des ganzen deutschen Volkes unerlässlich sind, um der Schwierigkeiten der Stunde Herr zu werden und den Kampf um unser Recht erfolgreich zu Ende zu führen. Ich habe Ihre Kundgebung dem Herrn Reichskanzler übermitteln, damit sie bei den über diese Frage zur Zeit im Gange befindlichen Beratungen als Willensäußerung der hart bedrückten Bevölkerung in dem besagten Gebiet die notwendige Beachtung findet. In vorzüglicher Hochachtung etc. Oberst, Reichspräsident.“

Die Reparationsfrage.

Der Inhalt der belgischen Note an England.

Der Inhalt der belgischen Note auf den englischen Protest ist in großen Zügen wie folgt abgefaßt: Der passive Widerstand wird als beendet angesehen, sobald die Reichsregierung und die ihr unterstellten Behörden alle Verordnungen, Beschlüsse und Inkraftsetzungen, die mit dem Status quo ante vor 1918 im Widerspruch stehen, zurückgezogen haben und daß die deutsche Bevölkerung nicht weiter den Maßnahmen der französischen und belgischen Behörden widersteht. Sobald der passive Widerstand aufhört, sollen alle Einzelverträge und ausgenommenen Personen begnadigt werden und die Erlaubnis erhalten, ins besagte Gebiet zurückzukehren, jedoch sind die Urheber von Gewalttaten und Sabotageakten davon ausgenommen.

Die italienische Antwort.

Römische Blätter melden aus London, daß dort eine förmliche italienische Antwort überreicht worden sei. Sie stelle ein kurzes offizielles Communiqué dar, das gewisse von der belgischen Seite gemachte Vorbehalte betone und an der Herabsetzung des Reparationsproblems mit den internationalen Schulden festhalte.

Japan's Stellungnahme.

Heute meldet aus Tokio, die Regierung habe Baron Goshiki beauftragt, mündlich auf die britische Note zu antworten und die Hoffnung auszusprechen, daß eine freundschaftliche Regelung bezüglich der Differenzen erreicht werde, die sich gegenwärtig zwischen den britischen Vorschlägen und den französischen und belgischen Wünschen zeige. Die Regierung lege den nächstbestmöglichen Wünschen nahe, die außerordentlichsten Anstrengungen zu unternehmen, um eine Vereinbarung zu erreichen.

Die Antwort Englands an Frankreich und Belgien.

London. Man glaubt zu wissen, daß die Noten, die das englische Kabinett an Frankreich, Belgien und wahrscheinlich auch an Italien abzusenden gedenkt, in einzelnen Punkten von einander abweichen.

St. Aulaire bei Curzon.

London. Vorgestern nachmittags empfing der französische Botschafter St. Aulaire beim englischen Außenminister im Foreign Office und wurde von dem Sekretär Sir Crewe empfangen. St. Aulaire teilte namens des französischen Ministerpräsidenten mit, daß sich die französische Regierung in seiner Weise der Veröffentlichung der internationalen Schriftsätze, denen Baldwin eine so große Bedeutung beimesse, widersetzen wolle.

Englischer Protest in Moskau.

Paris. Ministerpräsident Poincaré hat vorgestern den amerikanischen Botschafter Wilson empfangen, der von dem amerikanischen Botschafter begleitet war. Poincaré drückte im Namen Frankreichs sein herzlichstes Beileid zum Ableben des Präsidenten Harding aus. Im Verlauf dieser Zusammenkunft haben Wilson und Poincaré sich über die verwickelten Gebiete unterhalten, die er nächsten Besuchen will. U. a. wurde auch die internationale Finanzlage zum Gegenstand einer eingehenderen Besprechung gemacht. Dem „Petit Parisien“ zufolge hat Herr Wilson auch mit dem französischen Finanzminister sowie mit dem Herrn Robineau, dem Gouverneur der Bank von Frankreich, über diese Frage gesprochen. — Poincaré hat sich vorgestern abend auf das Land begeben. Er soll beabsichtigen, erst etwa in zwei Wochen zurückzukehren.

Widerstand gegenüber Italien.

Der „Matin“ vermutet, daß der italienische Botschafter an Lord Curzon lebendwärtige Reuerungen abgab, um dem Foreign Office gefällig zu sein. Auf jeden Fall werde Frankreich und Belgien aus diesen immerhin merkwürdigen Besprechungen eine praktische Schlussfolgerung ziehen und sich nicht mehr nur damit begnügen, im Ruhrgebiet zu bleiben, sondern auch ihrerseits nunmehr tätiger vorzugehen.

Das überreichte England.

Der diplomatische Korrespondent des „Observer“ schreibt: Das Ergebnis der gemeinsamen Pressekonferenz in Frankreich

und Großbritannien werde bestimmt den Gang der europäischen Geschichte beeinflussen und beinahe jeden Hauch auf der Welt in Mitleidenschaft ziehen. Der Korrespondent fährt dann fort: Ende letzter Woche habe die britische Regierung den Preis für ihre übliche Öffentlichkeit gegeben. Seit Wochen wüßte sie ihre Dokumente zu veröffentlichen, habe aber davon auf Grund Frankreichs Abstand genommen. Jetzt habe die Regierung Frankreichs um Erlaubnis zu gleichzeitiger Veröffentlichung der französischen und der englischen Dokumente ersucht. Was dann geschehen sei, sei nur zu bezeichnend für die französische und die britische Methode. Der französische Botschafter übermittelte dem Foreign Office die Erlaubnis zur Veröffentlichung, und gleichzeitig gab der Quai d'Orsay die französische Antwort auch der Öffentlichkeit bekannt. In London habe am Freitag und Sonnabend große Ueberraschung über das französische Vorgehen geherrscht. Das Kabinett habe aber beschloffen, sich durch diese Motive nicht aus der Ruhe bringen zu lassen.

Frankische Zeitungen zur englischen Erklärung.

In seiner gestrigen Ausgabe schreibt der Tempus: Man warte, bis für die kommende Woche in Aussicht gestellt sei, denn weder das Bonhonor-Kabinett noch die englische Regierung überhaupt dürften den Eindruck bekommen, daß Frankreich um ihre Unterstützung flehe oder ihre Entscheidung fürchte. Im übrigen lasse sich daraus schließen, daß die englische Regierung sich zur Veränderung ihrer Politik verhebe. Die Leistungsfähigkeit Deutschlands, so betont der Tempus weiterhin, hängt weniger von den ihm auferlegten Schulden ab, als vielmehr von den Beziehungen, die zwischen den einzelnen Gläubigerstaaten bestehen. Wenn die Gläubiger einig sind, so wird Deutschland wohl nicht anderes übrig bleiben, als seine Schulden zu bezahlen. Aber wenn England weiterhin Oppositionspolitik betreibt, so werden die reichsten Stände Deutschlands diesen Umstand benutzen, um ihr Geld von den Steuern in Sicherheit zu bringen und es wird viel schwieriger sein, die Reparationen aufzubringen. Aus diesem Grunde könne man von England nicht verlangen, seine Schuldensforderungen aufzugeben, noch habe man das Recht, um genauere diesbezügliche Angaben zu bitten. Wieviel wüßte England von Deutschland zu bekommen und wieviel erwarte es von seinen Alliierten, die sich ihrerseits durch Einzahlungen Deutschlands begünstigen werden? Die englische Regierung werde, so schließt der Tempus, wenn sie hierüber wieder das Wort ergreift, zu allererst ihre Ansprüche nennen müssen.

Journal des Debats setzt seine Bemerkungen fort, die französische Regierung zu einer Inangriffnahme positiver Reparationspläne zu bestimmen. Warum, sagt das Blatt, sollen wir uns nicht soweit wie möglich mit Belgien über die Aufstellung eines Planes verständigen, der nach der Einküllung des passiven Widerstandes auf Deutschland Anwendung finden sollte? Unsere Position würde dadurch bei den bevorstehenden Verhandlungen erheblich gebessert werden. Diejenigen, welche auszusprechen wüßten, was sie wollen, werden den Verhandlungsbasis. Das ist eine erfahrungsgemäße Wahrheit. Nun bietet sich aber eine ausgezeichnete und vielleicht einzigartige Gelegenheit zu verhandeln. Die Reden Baldwin und Lord Curzon am vergangenen Donnerstag haben gezeigt, daß sie keinen bestimmten Plan besitzen. Wenn wir fähig sind, ein Programm zu liefern und anzugeben, was man tun könnte, um eine praktische Lösung des Reparationsproblems zu erreichen, werden wir die beste Aussicht haben, gehört zu werden. Wir werden die Entente retten und eine praktische Diskussion eröffnen.

Internationaler Friedenskongreß.

In Freiburg wurde vorgestern durch den Reichstagsabgeordneten Joss in Anwesenheit zahlreicher Teilnehmer aus dem In- und Ausland, der Spitzen der staatlichen und städtischen Behörden und Vertretern des internationalen Arbeitsamtes der 3. internationale demokratische Friedenskongreß eröffnet. Der Vorsitzende Joss wies eingangs seiner Ausführungen auf die schwere Bedrückung des deutschen Volkes durch die Abstraktion hin und betonte, daß eine friedliche Lösung der ganzen Krisen unmöglich sei, wenn man sich nicht in gegenseitigem Vertrauen näherte. Er sagte: Wir müssen vergessen und vergehen, ebenso alle anderen Völker; denn nur der wahrhaft ehrliche Überbrücke die Wünsche der belgischen Regierung und betonte, daß die neue deutsche Republik von den alten Demokratien insbesondere Europas keine Rücksicht und Förderung erfahren habe. Er wandte sich gegen das Versailles-Diktat und sprach eingehend die Schuldfrage. Er wies nach, daß, solange die Mittel brutaler Gewalt angewandt würden, niemals eine Lösung, niemals eine friedliche und gerechte Lösung herbeigeführt werden könnte. Er forderte auf zur Zusammenfassung aller Kräfte zur Verwirklichung eines wahren Friedens und gab der Hoffnung Ausdruck, daß den Arbeiten des Kongresses der erwartete Segen beschließen sein möge. Das Hauptreferat erstattete Marc Szwarcz (Frankreich), der darlegte, daß heute besonders in Frankreich mehr Mut zu friedlichen Reden als zum Kriegsführen gehöre, und sagte, daß französische Volk dürfe nicht nach seiner Regierung und seinen Zeitungen beurteilt werden. Nachdem noch Vertreter Englands und des internationalen Arbeitsamtes in Genf Vegrüßungsansprachen gehalten hatten, und ein Begrüßungsgramm des Papstes verlesen worden war, wurde der Kongreß für eröffnet erklärt. Die eigentlichen Kongreßarbeiten beginnen am Montag. Sie werden die ganze Woche dauern.

Tagesgeschichte.

Deutsches Reich.

Streik in der Berliner Metallindustrie. Die an der Weltbewegung in der Berliner Metallindustrie beteiligten Angestelltenvereinigungen — der Allgemeine freie Angestelltenverband (Afa), der Gesamtverband deutscher Angestellten-Gewerkschaften und der Gewerkschaftsbund der Angestellten — haben die Streikfanktion für alle dem Verband Berliner Metall-Industrieller angeschlossenen Betriebe erteilt. Der Beginn des Ausstandes ist für Dienstag früh bestimmt. Inzwischen ist Reichsarbeitsminister Dr. Brauns bemüht, eine Verständigung herbeizuführen.

Eine Gedankfeier für die Frontarmee. Die bayerische Mittelpartei veranstaltete Sonnabend abend eine Gedankfeier für die alte Armee, an der u. a. Ministerpräsident Dr. v. Krieger, Dr. Guertner und General von Ludendorff, sowie Vertreter des Reiches, der politischen Parteien und die Frontkriegerverbände teilnahmen. Auch die vaterländischen Verbände waren vertreten. Im Mittelpunkt des Abends stand eine mit feierlichem Beifall aufgenommene Gedankrede des General-Krafft von Delmenstingen auf die alte Armee.

Inhaltsänderung des Vorstandes der Volkspartei. Wie die Nationalliberale Korrespondenz mitteilt, hat der Reichstagsabgeordnete Dr. Stresemann den Parteivorstand der Deutschen Volkspartei auf Donnerstag, den 9. August, nach Berlin einberufen.

Belgien.

Demission des belgischen Kriegsministers. Dem Ministerpräsidenten seine Demission mitgeteilt. Das Blatt gibt eine Stelle aus dem Schreiben wieder: Schon seit langem habe ich schwer meinem Ehrlich mitgeteilt, mich

zurückziehen zu dürfen. Außerdem habe ich letzten Juni, als das Parlament gelistet wurde, im Voraus erklärt, daß ich meinen Posten nicht wieder einnehmen zu können glaube, denn wenn das Militärgericht auch ein Höchstmaß parlamentarischer Möglichkeit darstellt, so ist es doch in einigen Punkten weit von dem entfernt, was ich mit von der Organisation zu unserer nationalen Verteidigung vor- gestellt habe.

Italienischer Besuch in Belgien. Aus Brüssel wird vom 6. ds. gemeldet: Gestern nachmittags überbrachte der Herzog von Aosta, der Vetter des italienischen Königs, der Stadt Lüttich das Kriegskreuz seines Landes.

Ungarn.

Stilles Zusammenklicken in Budapest. Die Regierung in Budapest wußt von Stunde zu Stunde. Die Regierung mußte alle staatlichen Bedrohungen mit Truppen besetzen. Die „Erwachenden Ungarn“ und die ihnen angeschlossenen Vereine boten ihre Waffen, besonders die Studenten auf. In mehreren Stellen ist es zu blutigen Zusammenklicken zwischen der Polizei und der Studentenschaft gekommen.

Frankreich.

Belienumber Roussel. Im „Petit Parisien“ lenkt Roussel die Aufmerksamkeit auf die letzten in verschiedenen französischen Flughäfen ausgebrochenen Brände. Roussel schließt seinen Artikel mit folgender niederträchtigen Verleumdung: Die Deutschen rechnen bekanntlich einzig und allein auf einen Kufkrieg, um sich für ihre Niederlage zu rächen. Das einzige, was sie fürchten, ist eine zahlreiche und gut durchgebildete Luftwehrmacht. Um die Schaffung einer solchen zu erreichen, scheuen die Deutschen vor keinem Mittel zurück, deren Verwerflichkeit sie übrigens zugeben, wenn sie nur ihren Zweck erreichen.

Rußland.

Regelung mit China. In einer Unterredung mit einem Vertreter der Russischen Telegraphen-Agentur wies Karan, der in einer Sondermission nach China abgereist ist, darauf hin, daß die Hauptaufgabe seiner Mission in der Regelung der Beziehungen zwischen Rußland und China bestehe; im besonderen müsse die Frage der Sibirischen Eisenbahn, wo sich noch Reste der weisardistischen Armee bemerkbar machen, ferner die Rechtslage der Angehörigen des Sowjetbundes in China geregelt werden und schließlich Verhältnisse geschaffen werden, die eine wirtschaftliche Annäherung zwischen Rußland und China fördern könnten.

England.

Englischer Protest in Moskau. Reuter meldet: Mit Rücksicht auf gewisse ziemlich beunruhigende Gerüchte, die über die Haltung Rasowskis gegenüber Großbritannien im Umlauf sind, hat der britische Vertreter in Moskau eine Note überreicht, in der um Klärung ersucht wird, ob diese Gerüchte begründet sind. Rasowski, der von Moskau nach London abreisen wollte, um als Nachfolger Rasfins die Führung der russischen Handelsdelegation zu übernehmen, hat mit Rücksicht auf diesen Schritt Großbritanniens seine Abreise aufgeschoben. Bevor die Frage endgültig geklärt ist, dürfte die britische Regierung schwerlich ihre Zustimmung zu Rasowskis Ernennung erteilen.

Mac Kenna lebt ab. Mehrere Blätter melden, Mac Kenna habe endgültig abgeteilt, in das Kabinett als Schatzkanzler einzutreten.

Amerika.

Die Leiche des Präsidenten Harding ist Freitag abend nach einer einfachen Trauerfeier in dem Hotel, in dem er verstarb, nach dem Bahnhof übergeführt worden. Dem Garg gaben Soldaten und Matrosen das Geleit. Die Leiche Hardings trifft am Dienstag in Washington ein. Sie wird zunächst im Welles House und am Mittwoch vormittag im Kapitol aufgebahrt werden. Nach der Totenfeier in der Rotunde des Kapitols wird sie nach Marion zur Beisetzung im Familiengrab übergeführt.

Präsident Coolidge ist in Washington eingetroffen und hatte nach seiner Ankunft eine Unterredung mit Staatssekretär Hughes. Präsident Coolidge veröffentlichte folgende Erklärung: Präsident Harding war mein Chef und mein Freund, und es wird mein Ziel sein, im Dienste des amerikanischen Volkes die Politik durchzuführen, die er begonnen hat und für die ich stets die Verantwortung übernehmen werde. In diesem Kreise werde ich alle die zur Wilität heranziehen, die dem Präsidenten Harding während seiner Amtszeit zur Seite gestanden haben. Ich wünsche, daß diejenigen, die ihn unterstützten, auch mich unterstützen.

Deutschland verwahrt sich gegen polnische Herausforderung.

Die polnische Regierung hat in den letzten Monaten als Repressalie gegen Ausweisungen polnischer Staatsangehöriger aus Deutschland mehrere hundert Reichsdeutsche aus Polen ausgewiesen. Diese Maßnahmen war als Repressalie weder sachlich gerechtfertigt noch völkerrechtlich begründet. Da die ausgewiesenen Reichsdeutschen sämtlich in Polen ansässig waren, die aus Deutschland ausgewiesenen Polen dagegen in der Webrzahl der Fälle sich nur vorübergehend in Deutschland aufhielten, ihren Wohnsitz aber in Polen hatten, stellt die Ausweisung eine die betroffenen Reichsdeutschen eine besondere Härte dar. Die deutsche Regierung hat weitestens Entgegenkommen gezeigt und hat sich in wochenlangen Verhandlungen bemüht, eine Verständigung mit der polnischen Regierung in der Ausweisungsfrage herbeizuführen. Die polnische Regierung war diesen Bemühungen gegenüber völlig unzugänglich und hat schließlich die einseitige Ueberbreitung einer von ihr gefassten, unangemessenen kurzen Frist in einer Sonderfrage als Grund benützt, die Verhandlungen abzubrechen und sogar bereits getroffene Teilvereinbarungen einseitig zu annullieren.

Die deutsche Regierung hat nunmehr durch den deutschen Geschäftsträger in Warschau am 3. August eine Protestnote überreichen lassen, in der nach Darstellung des Sachverhalts erklärt wird, sie könne sich nicht des Eindruckes erwehren, daß die polnische Regierung überhaupt kein Einverständnis in der Ausweisungsfrage anstrebe, sondern die deutschen Ausweisungen nur benutzen wolle, um die von dem vorigen polnischen Ministerpräsidenten Sikorski am 10. April in Polen als Programm der polnischen Regierung verkündete Entwaffnungspolitik durchzuführen. Die deutsche Regierung müsse sich vorbehalten; hieraus die entsprechenden Folgen zu ziehen.

Was Forderung von der Regierung fordert.

In einer von der DSDA. veranstalteten Massenversammlung im Stadttheater in Coblen bei Bittau sprach am Sonntag der Reichstagsabgeordnete Voese über die politische Lage. Für den bevorstehenden Beginn des Reichstags kündigte er folgende Forderungen der DSDA. an: Verhinderung einer Verständigung mit Frankreich im Verdringungsweg. Zur Ermöglichung dieser Verständigungspolitik müßte in der Innenpolitik durchgesetzt werden eine weitgehende Lastenteilung des Reiches durch:
1. Eine Senkung der in der letzten Woche der für Arbeiter und Angehörige zu machenden Lohn- und Gehaltssteigerungen;
2. Erlassung mindestens ein Drittel aller Sachwerte zugunsten des Reiches;
3. Verdringung aller Volkswirtschaften;
4. Erlassung eines Drittels aller Unternehmergewinne zugunsten des Reiches.
Durch diese Maßnahmen sei ein Aufbruch von jährlich 16 Goldmarken zu erzielen.